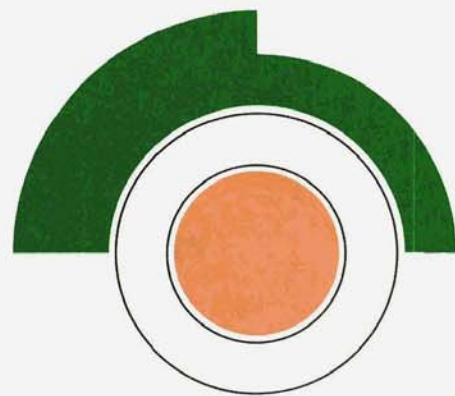


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 14. 12. 1993

WORT UND WIDERWORT

Sind die Ladenschlußzeiten noch zeitgemäß?

Längere und flexible Öffnungszeiten würden zu Umsatzverlagerungen in den Wochentagen, zu Umsatzverlagerungen hin zu Großbetrieben in der City der Oberzentren oder Einkaufszentren auf der grünen Wiese führen. Dieser Strukturwandel benachteilige Klein- und Mittelbetriebe. Rationalisierungsdruck und Personalabbau seien die Folgen. Der Konzentrationstrend würde sich verstärken. Dies führe zum schleichenden Abbau der bürger-nahen Versorgung. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Horst Vöge**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betonte, die CDU-Landtagsfraktion stehe einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten vom Grundsatz her positiv gegenüber. Die zahllosen Beispiele flexibler Öffnungszeiten im Ausland sowie die vielfältigen Ausnahmegenehmigungen in Deutschland zeigten deutlich, daß es im Bereich der Ladenöffnungszeiten Handlungsbedarf gebe. Einer vollständigen Freigabe erteile die CDU jedoch eine Absage. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tsoeltsch** merkt an, unbestreitbar hätten sich gegenüber 1956, wo die Ladenschlußzeiten gesetzlich festgelegt worden seien, die Konsumgewohnheiten und das Arbeitsverhalten der Mitbürger grundlegend verändert. Es sei daher nicht zeitgemäß, wenn der Staat heute Unternehmen vorschreiben wolle, wann sie ihre Dienstleistungen erbringen sollten. Die Grünen-Abgeordnete **Marianne Hürten** bekräftigt, die Argumente für eine Veränderung der Ladenschlußzeiten stimmten hinten und vorne nicht. Es werde behauptet, die Freigabe der Ladenschlußzeiten würde dem Mittelstand im Einzelhandel nutzen. Die Erfahrungen mit dem langen Donnerstag belegten, daß das Gegenteil der Fall sei. Es profitierten lediglich Großkaufhäuser und Einkaufszentren. (Seite 2)

Landtag ändert gemeinsam das Kommunalwahlgesetz Finanzbeamte dürfen jetzt in die Räte

Bedienstete von Finanzämtern dürfen künftig den Gemeinderäten am Sitz ihrer Behörde angehören; bislang war ihnen das wegen befürchteter Aufgabenverquickung versagt. In erster Lesung hat der Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes am 8. Dezember beraten, der von allen vier Fraktionen eingebracht worden ist.

69 Fälle dieser „Inkompatibilität“ seien im Land bekanntgeworden, teilte Heinz Wirtz (SPD) mit. Das sei im Licht der Entwicklung zu werten, daß „in der heutigen Zeit immer weniger Bürger bereit sind, ein Ratsmandat zu übernehmen“. Auch Franz-Josef Britz (CDU) erwähnte die bekanntgewordenen Fälle, für die es eine Lösung geben müsse; die CDU schließe sich der gemeinsamen Initiative an. Für die Finanzbeamten sei das Problem zwar vor der Lösung, betonte Michael Ruppert (F.D.P.), aber es gebe noch eine ganze Reihe weiterer Beamter des Landes in verschiedenen Behörden, die von der Mitwirkung in Kommunalparlamenten ausgeschlossen blieben: Diesen Fällen müsse man sich noch widmen. Bärbel Höhn (GRÜNE) nannte es viel problematischer,

wenn (anstelle der Finanzbeamten) „hochrangige Beschäftigte von Hoch- und Tiefbauunternehmen und anderer Industrieunternehmen“ als „Lobby“ im Rat sitzen. — Der Entwurf wurde am 10. Dezember in zweiter Lesung verabschiedet.



Advent — Advent — ein Lichtlein brennt.

Zeichnung: Bernd Bruns (NRZ)

Die Woche im Landtag

Akademie

Die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften will verstärkt Verständnis für die Wissenschaften in der Öffentlichkeit wecken. (Seite 10)

Anbindung

Eine Anbindung des Köln-Bonner Flughafens an das ICE-Netz der Bundesbahn würde die Infrastruktur in der Region Bonn erheblich verbessern. (Seite 11)

Frauenarbeit

Der Chef des Landesarbeitsamtes sieht zur Zeit die erwerbstätigen Frauen weniger von Entlassungen bedroht. (Seite 12)

Titelschärfe

Um die titelscharf geänderte Verwendung von knapp 16 Millionen Mark im Jahr 1994 rang der Haushaltsausschuß bei den Etatberatungen. (Seite 13)

Hundegeschlecht

Die geschlechtsneutrale Hundesteuer-Satzung in Borken sorgte für Heiterkeit im Frauenausschuß. (Seite 14)

Zulieferer

Das Abrücken von der Kohle als Energiereserve würde auch die Spitzenstellung deutscher Bergbauzulieferer gefährden. (Seite 15)

WORT UND WIDERWORT

Vielfalt der Einzelhandelsgeschäfte erhalten

Von
Horst Vöge

Ohne dementieren zu wollen, daß eine Debatte über das zukünftige Konsumverhalten oder Entwicklung und Trends des Einzelhandels — z. B. vom Versorgungsgeschäft hin zum Erlebnisbetrieb — geführt werden muß, wird die Diskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit falschen Argumenten geführt.

Das Arbeitsplatzargument wird mißbraucht. Allen Fakten und Erfahrungen zum Trotz wird keck behauptet, bei flexiblen Öffnungszeiten können Frauen, die Jobs suchen, Arbeit finden.

Wenn Arbeitskräfte eingestellt werden, dann in der Hauptsache Frauen mit einem Einkommen bis 530 Mark, mit den entsprechenden kurz- und langfristigen sozialpolitischen Folgen bis hin zur Rente.

Die Arbeitsplatzentwicklung im Einzelhandel hängt von Umsatzentwicklung, Strukturwandel und Rationalisierung ab, nicht von flexiblen Öffnungszeiten. Der westdeutsche Einzelhandel erwartet nach Selbsteinschätzung einen Umsatzrückgang von real 4,5 Prozent für das Jahr 1993. 1994 wird ein Umsatzrückgang von vier Prozent erwartet.

SPD: Verdrängungswettbewerb würde Vielfalt zerstören

Zudem entzieht der Bund den privaten Haushalten 1994, so der Einzelhandel, durch höhere Steuern, Sozialabgaben und Leistungskürzungen Einkommen. Längere und flexible Öffnungszeiten bringen unter dem Strich keine Mark mehr Umsatz in die Ladenkassen. Der Umsatz im Einzelhandel ist abhängig von der vorhandenen Kaufkraft — nicht von der Öffnungszeit. Durch längere oder flexible Öffnungszeiten verlagert sich nur der Umsatz, das hat der lange Donnerstag bewiesen.

Längere und flexible Öffnungszeiten führen zu Umsatzverlagerungen in den Wochentagen, führen zu Umsatzverlagerungen hin zu Großbetrieben in der City der Oberzentren bzw. Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Dieser Strukturwandel benachteiligt Klein- und Mittelbetriebe. Rationalisierungsdruck und Personalabbau sind die Folgen. Der Konzentrationstrend würde sich verstärken. Dies führt zum schleichenden Abbau der bürger-nahen Versorgung.

Bei dem Thema geht es nicht nur um die Frage, wie lange Läden geöffnet werden, sondern auch um die Frage, die Vielfalt von Einzelhandelsgeschäften zu erhalten. Ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb zu Lasten von Einzelhändlern, Mittelständlern und damit Arbeitsplatzabbau wären die Folge.

Von
Laurenz Meyer

Die CDU-Landtagsfraktion tritt generell für weniger Bürokratie, weniger Vorschriften und mehr Freiheiten für den einzelnen ein. Insofern stehen wir auch einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten vom Grundsatz her positiv gegenüber. Die zahllosen Beispiele flexibler Öffnungszeiten im Ausland sowie die vielfältigen Ausnahmegenehmigungen in Deutschland für Tankstellen, Kioske, Blumenläden oder Geschäfte in Bahnhöfen, Flughäfen und Ferienorten zeigen deutlich, daß es im Bereich der Ladenöffnungszeiten Handlungsbedarf gibt.

Einer vollständigen Freigabe der Ladenöffnungszeiten erteilt die CDU-Landtagsfraktion jedoch eine Absage. Es muß ein fairer Ausgleich gefunden werden zwischen den Bedürfnissen der Konsumenten, die berufstätig sind, die familiäre Verpflichtungen haben und denen Einkaufen häufig nur unter Streß möglich

CDU: Schnellschüsse sind nicht gefragt

ist, und den berechtigten Interessen der Einzelhändler und ihrer Beschäftigten. Wir wollen, daß die Geschäftsinhaber selbst entscheiden können, welches die günstigsten Ladenöffnungszeiten für sie sind, ohne daß dadurch die Gesamtarbeitszeit der Arbeitnehmer steigt.

Ziel der Flexibilisierung muß insgesamt die Verbesserung der Wettbewerbschancen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den großen Einzelhandelsketten und den Warenhäusern auf der grünen Wiese, sein. Wir wollen erreichen, daß die Attraktivität unserer Innenstädte gestärkt und gleichzeitig die massiven Verkehrs- und Parkprobleme gelindert werden. Auch die Erfahrungen der Einzelhändler in Ostdeutschland, die sich massiv gegen eine Einschränkung ihrer bisherigen flexiblen Öffnungszeiten wehren, müssen berücksichtigt werden. Es zeigt sich insgesamt, daß bei dem Thema „Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten“ keine Schnellschüsse gefragt sind, sondern gemeinsame, mit den Betroffenen erarbeitete Lösungen.

Von
Hagen Tschoeltsch

Die 1956 gesetzlich festgelegten Ladenschlußzeiten sollten u. a. Chancengleichheit im Wettbewerb sichern. Das ist nicht gelungen, denn die Konzentration im Einzelhandel und die „Entwicklung der Großen“ ging und geht nach wie vor zu Lasten der kleinen und mittleren Existenzen im Handel. Deren größere unternehmerische Beweglichkeit kann sich nur dann entfalten, wenn der Einzelhandel über entsprechende Rahmenbedingungen verfügt — wie sie mit der Ladenöffnungsfreiheit geschaffen werden. Dadurch sollen nicht insgesamt längere, sondern beweglichere Öffnungszeiten erreicht werden, die den von Geschäft zu Geschäft sehr verschiedenen Bedingungen und Kundennachfragen besser gerecht werden.

Unbestreitbar haben sich gegenüber 1956 die Konsumgewohnheiten und das Arbeitsverhalten unserer Mitbürger grund-

F.D.P.: So wird der Kunde wieder zum König

legend verändert. Es ist daher nicht zeitgemäß, wenn der Staat heute Unternehmen vorschreiben will, wann sie ihre Produktionen und Dienstleistungen erbringen sollen. Und es ist ebenso nicht zeitgemäß, wenn der Staat den Verbrauchern vorschreiben will, wann sie ihre Brötchen oder andere Güter einkaufen sollen.

Ein Blick über die deutschen Grenzen macht deutlich, wie unzeitgemäß Deutschland mit seinen antiquierten Ladenschlußzeiten auch im internationalen Vergleich dasteht. In Frankreich, Griechenland, Schweden und Spanien beispielsweise gibt es keine Ladenschlußvorschriften. Und im übrigen Europa sind die Ladenschlußzeiten wesentlich flexibler als bei uns.

Darüber hinaus erkennt man neben der Wettbewerbsstärkung seit längerem weitere positive Auswirkungen flexiblerer Ladenschlußzeiten: entzerrte Verkehrsströme, mehr Teilzeitarbeitsplätze, Beschränkung der Kostensteigerung durch effektiveren Personaleinsatz, mehr Zeit für Preis- und Qualitätsvergleiche. So wird der Kunde wieder zum König.

Von
Marianne Hürten

Vielleicht sind die Ladenschlußzeiten für einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die an langen Plenarsitzungen vom lustvollen Einkaufsbummel träumen, nicht mehr zeitgemäß. Ansonsten sind sowohl die Gewerkschaft HBV als auch der Einzelhandelsverband gegen eine Flexibilisierung oder gar Aufhebung der Ladenschlußzeiten.

Die Argumente für eine Veränderung der Ladenschlußzeiten stimmen hinten und vorne nicht. Da wird behauptet, die Freigabe der Ladenschlußzeiten würde dem Mittelstand im Einzelhandel nutzen. Die Erfahrungen mit dem langen Donnerstag belegen, daß das Gegenteil der Fall ist. Es profitieren lediglich Großkaufhäuser in der Innenstadt und Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Weiter wird behauptet, daß verlängerte Ladenschlußzeiten zu erhöhten Umsätzen führen. Auch das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Es kommt lediglich zu Umsatzverschiebungen. Wo nicht mehr Kauf-

GRÜNE: Konkurrenzkampf ist Ursache für Ladensterben

kraft ist, kann auch nicht insgesamt mehr Umsatz gemacht werden. Ein besonders beliebtes Argument ist das angeblich große Interesse der Verbraucher und Verbraucherinnen. Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher ist aber mit den Ladenschlußzeiten durchaus zufrieden, sie nutzen die längeren Öffnungszeiten nur selten.

Insbesondere berufstätige Frauen sind daran interessiert, den notwendigen Einkauf nach der Arbeit so schnell wie möglich erledigt zu bekommen. Im Gegensatz zum Einkaufsbummel im Urlaub ist Einkaufen im Alltag Arbeit und Streß. Dieser Streß erhöht sich durch die Verschlechterung der wohnortnahen Versorgung. Ursachen für das Ladensterben ist nicht das Verbot von längeren Öffnungszeiten, sondern der mörderische Konkurrenzkampf im Einzelhandel.

Das schlechteste Argument von allen ist die Behauptung, daß verlängerte Ladenschlußzeiten neue zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze für Frauen schaffen würden. Ein Gutachten der Forschungsstelle für den Handel kommt dagegen zu dem Ergebnis, daß verlängerte Ladenöffnungszeiten keine positiven Beschäftigungseffekte bewirken.

Bei zweiter Lesung des Etats 1994 wurde die Krise im Detail sichtbar

In Bereichen Altenpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik gibt es Übereinstimmungen

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche den Haushaltsentwurf für 1994 in zweiter Lesung beraten. Anders als in den Vorjahren begann die zweitägige Aussprache über die Einzelpläne des Landesetats nicht mit einer Debatte über die Finanzpolitik, sondern über den Einzelplan des Ministeriums für Bauen und Wohnen, an die sich die Erörterung des Einzelplans des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales anschloß. Bei allen Themenblöcken indessen schlug die finanzpolitische und wirtschaftliche Krise durch, in der sich das Land Nordrhein-Westfalen wie auch die Bundesrepublik befinden. Dabei wurden auch Problemkreise angeschnitten, die früher höchstens einmal marginal ins Blickfeld geraten waren, so die erschreckende Zunahme von Obdachlosigkeit. Auch für alte und behinderte Menschen und für Kranke wurde schwerpunktmäßiger Ersatz der knapper werdenden sozialen Mittel gefordert. Der Etat 1994 wird nach den Plänen von Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) 82,8 Milliarden Mark betragen. Das sind 4,1 Prozent mehr als in diesem Jahr.

Siegfried Zellnig (CDU) wies auf die Vorschläge seiner Fraktion hin, für ein Wohnungsbauprogramm Anteile des Landes an der WestLB zu veräußern und für den sozialen Wohnungsbau eine Expertenkommission zu berufen. Die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung sei einfallssios, sie wurstele mit veralteten Instrumenten weiter. Unverändert fehlten 400 000 Wohnungen im Lande, um dem abzuhelpfen, müßten 100 000 Einheiten pro Jahr gebaut werden. Die Landesregierung habe dies nicht geleistet, weil sie an der veralteten Formel festhalte, daß der soziale Wohnungsbau zu einem Drittel an der Schließung dieser Lücke zu beteiligen sei. „Dazu aber geben Sie ihm nicht die Mittel.“

Gerd-Peter Wolf (SPD) erwähnte die hohe Akzeptanz der nordrhein-westfälischen Programme und sagte voraus, in nächsten Jahr würden wieder weit über 30 000 Wohnungen gebaut. Darum könne man nicht behaupten, es sei nichts gelaufen, widersprach Wolf und unterstrich Kontinuität und Verlässlichkeit, die seit Jahren die Wohnungsbaupolitik des Landes bestimmten. Der Vorschlag der CDU „Weniger Darlehen und höhere Miete“ (dritter Förderungsweg) sei ein Holzweg, weil die Spekulation nicht aufgehe, die in diesem Weg immer enthalten sei. Der Sprecher verteidigte die Fehlbelegerabgabe: Es gebe derzeit kein besseres Modell am Markt.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) monierte, daß die Zielzahl von 100 000 neuen Wohnungen pro Jahr vom Land nicht erreicht wird; für 1996 nach dem Wahljahr, prophezeie er, daß sogar die Programmmzahl 27 000 nicht erreicht werde. Die Bundesbauministerin verfüge über den höchsten Etat der letzten Jahre, das zeige die hohe Priorität, mit dem

die Bundesregierung den Wohnungsbau vorantreibe. Bei anderen Förderungsmodalitäten gäbe es nicht jene 18 Prozent fehlbelegter Wohnungen im Lande — das entspreche 160 000 Wohnungen, die Menschen fehlten, die nicht so viel verdienen. Kuhl übte Kritik an der hohen Zahl von Förderprogrammen (35) und verlangte mehr Initiative im Eigentumsbereich.

Gisela Nacken (GRÜNE) forderte dringend Maßnahmen gegen die Obdachlosigkeit, die Untätigkeit hier sei „skandalös“. Da könne man nicht einfach mit dem Argument der kommunalen Verantwortung kommen. Gleichzeitig steige die Zahl der Menschen, die sich wegen ihrer Einkommenssituation über den Wohnungsmarkt nicht mehr mit Wohnraum versorgen können. Darum sei die Wohnungsbauförderung noch stärker als bisher auf die Gruppen der Geringverdiener auszurichten, forderte Nacken und warf der SPD vor, sie wolle in dieser Situation die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau anheben — das gehe nicht ohne gleichzeitige Anhebung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Ihre Fraktion lehne darum den Haushalt ab, er sei nicht richtungweisend.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) würdigte 1992 als das erfolgreichste Jahr der Wohnungsbautätigkeit seit zehn Jahren in NRW: 83 000 neue Wohnungen, 100 000 Wohngenehmigungen, 35 000 neue Einheiten im Wohnungsbauprogramm, dessen Mittel voraussichtlich zu 100 Prozent abfließen werden — und da spreche die Opposition von „verfehlter Wohnungspolitik“. Dagegen der Bund: Er fahre 1994 seine Finanzhilfen für den Wohnungsbau schon wieder um 240 Millionen Mark zurück, 1995 sollen es noch-

mals 700 Millionen sein. Wenn das Wohnungsbauprogramm des Landes möglicherweise reduziert werden müsse, dann sei das die Folge dieser Streichungen. Die Ministerin machte auf Fortschritte bei der Neustrukturierung der Bauverwaltung des Landes aufmerksam und dankte all denen, die an dieser Reform konstruktiv mitgewirkt haben.

Gisela Nacken (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, daß mit dem dritten Förderungsweg nicht die erreicht würden, die am stärksten unter der Wohnungsnot und den hohen Mieten litten. Die Bundesregierung betreibe unter dem Mäntelchen der einkommensabhängigen Miete nichts anderes als die Zerschlagung des traditionellen sozialen Wohnungsbaus und versuche erneut, Kosten auf die unterste Ebene, die Gemeinden, zu verschieben.

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die finanzpolitische Krise überschattet auch die Sozialpolitik. Sparwille wurde gefordert und Sorge um den Sozialstaat geäußert. Der Einzelplan 07 des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurde entsprechend der Beschlußempfehlung des Fachausschusses verabschiedet.

Hermann-Josef Arentz (CDU) betonte, gerade in Zeiten knapper Kassen müsse sich Sozialpolitik bewähren. Das bedeute konkret für NRW vier Punkte. Erstens: Staatliche Hilfen müßten auf die Menschen konzentriert werden, die der Hilfe am meisten bedürftigen, und das seien Menschen ohne Arbeit, alte und behinderte Menschen ohne ein Dach



Wertung der Wohnungsbaupolitik des Landes zwischen Versagen und wirksamem Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot (v.l.): Siegfried Zellnig (CDU), Gerd-Peter Wolf (SPD), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Gisela Nacken (GRÜNE) und Landesbauministerin Ilse Brusis (SPD).
Fotos: Schüler

über dem Kopf. Zum zweiten müßten soziale Hilfen, wo immer das möglich sei, dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe folgen, und deshalb hätten für die CDU Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe einen hohen Stellenwert in der Landessozialpolitik. Drittens: Soziale Leistungen müßten so kostengünstig und so unbürokratisch wie möglich organisiert werden. Zum vierten müßten sozialpolitisches Reden und Handeln übereinstimmen.

Wolfram Kuschke (SPD) erklärte, es sei seiner Fraktion trotz erheblicher finanzieller Engpässe gelungen, sicherzustellen, „daß wir den Landesaltenplan in seinem Investitionsvolumen in den kommenden Jahren fortsetzen werden“. Es sei gelungen, den Personalschlüssel in den Sozialstationen so abzusenken, wie man es angekündigt habe.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) meinte, angesichts der schwierigen finanziellen Lage dürfe die soziale Gerechtigkeit nicht untergepflegt werden; in Düsseldorf wende sich die Landesregierung gegen die sozialen Verwerfungen, „die von der Koalition in Bonn noch verschärft werden“. Es gebe an vielen Stellen Hinweise dafür, daß der Sozialstaat „geschliffen“ werden solle. Die Landesregierung kämpfe weiter gegen Arbeitslosigkeit, tue etwas für die Pflege, wo man bereit ist, einen Tag einzubringen — und das reiche. Zusätzliche Mittel gebe es für die Sozialstationen; die Maßnahmen im Bereich der Altenpolitik und für behinderte Menschen würden fortgeführt. Bei den Krankenhäusern halte man sich an die gesetzliche Vorgabe, daß die Länder Instandsetzungsmaßnahmen nicht finanzieren dürfen.

Kosten der Unternehmen für die Pflegeversicherung würden, anders als von Müntefering behauptet, nicht durch einen gestrichenen Feiertag ausgeglichen. Die Rechnungen der SPD gingen schon wegen der von ihr gewünschten höheren Pflegesätze nicht auf. Gegen die Crack-Welle bei den Drogen könne nicht mit Rezepten von gestern vorgegangen werden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt das Umschichten eines Haushaltsvolumens von 2,7 Milliarden Mark für möglich, wenn alle wollten. Der Sozialminister hätte dann 400 Millionen Mark mehr. Der neue Grünen-Antrag „Soziale Betriebe“ solle Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen und knüpfe an ein Niedersachsen-Programm an. Die sozialen Betriebe sollten fünf Jahre lang Förderung



Sozialpolitik in einer schwierigen Zeit: v.l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering (SPD).
Fotos: Schüler

Der Abgeordnete räumte ein, er wolle durchaus anerkennen, „daß wir gemeinsam gleiche Schwerpunkte setzen im Bereich Altenpolitik, im Bereich Arbeitsmarktpolitik und im Bereich der Sozialpolitik, auch im Bereich der Krankenhauspolitik“. Nur müsse die CDU dann auch deutlich machen, wo die Rahmenbedingungen erstellt würden.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) stellte zunächst „zum Einstieg“ fest, man wolle eine qualifizierte Minderausgabe von einer Milliarde Mark. Wenn es um den Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales (MAGS) selber gehe, vermisse er schon den Sparwillen. Nach wie vor sei dieser Haushalt mit Einzelpositionen gespickt, die nun wirklich nicht zu den Kernaufgaben des Landes gehörten. Man habe bestimmt gegen das eine oder andere, was getan werde, überhaupt nichts einzuwenden. Man habe aber etwas dagegen einzuwenden, daß aus Kreditmitteln Dinge unterstützt würden, die in der Tat mehr mit Ideologie und teilweise auch Bürokratie zu tun hätten als mit Kernaufgaben des Landes.

Daniel Kreutz (GRÜNE) unterstrich, angesichts der Bonner Politik und des Verhaltens auch der Arbeitgeberverbände könne kein Zweifel mehr bestehen, daß die wirtschaftlich und politisch herrschenden Kräfte die Grundkonzepte sozialstaatlicher Verfaßtheit von der Tarifautonomie bis zur Sozialhilfe als letztem sozialen Sicherungssystem einseitig aufgekündigt hätten. Jetzt gehe es nicht mehr bloß um Sozialabbau, also um Absenkung der Niveaus sozialer Sicherheit, sondern es gehe um den Ausstieg aus dem Sozialstaat selbst. „Es geht jetzt ums Ganze“, schloß der Abgeordnete.

Hermann-Josef Arentz (CDU) ließ die Kritik am Bonner Sozialhaushalt nicht gelten: Der sei erhöht und nicht wie in NRW gekürzt worden. Die Landesregierung sei seit Jahren nicht in der Lage, „eine vernünftige gesetzliche Regelung für die Altenpflegeausbildung auf die Beine zu stellen“. Ferner sei es eine „Unverschämtheit“, von einer „verkommenen Bonner Arbeitsmarktpolitik“ zu sprechen — Blüm tue das Doppelte im Vergleich zur letzten SPD-Bundesregierung, was den prozentualen Anteil der Bundesanstalt für Arbeit angehe. Der Etat des Gesundheitsministers werde den Anforderungen nicht gerecht, er habe für viele Dinge noch Geld, die nicht nötig seien. Während Millionen für Institute ausgegeben würden, habe das Land in den Jahren 92/93 nur eine einzige Einrichtung für obdachlose Menschen gefördert — mit 899 000 Mark.

Wolfram Kuschke (SPD) kontierte: Gerade die von Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik führe dazu, daß Menschen nicht mehr in der Lage seien, ihre Wohnung zu finanzieren. Die Bonner Arbeitsmarktpolitik habe zur Folge, daß Menschen ihre Arbeit und damit auch ihre Wohnung verlören. Der Stillstand in der Altenpflegeausbildung liege nicht an NRW, und wenn die CDU zusammen mit der SPD früher die Pflegeversicherung auf den Weg gebracht hätte, „brauchten wir uns über das Thema Altenpflegeausbildungvergütung keine Sorgen und Gedanken mehr zu machen“.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) wies die Behauptung zurück, in Bonn wollten Kräfte den Sozialstaat schleifen. Politik und Demokratie nähmen an Diffamierungen Schaden. Die

erhalten und ihre Produkte zu Marktpreisen verkaufen.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) bezifferte die Steigerung seines Haushalts auf 156 Millionen Mark mehr als 1993. Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt seien überregional. Gegen Sozialbetriebe oder Beschäftigungsgesellschaften habe er nichts. Langzeitarbeitslose sollten aber mit Hilfen in den ersten Arbeitsmarkt gehen. Unternehmer, die neue Wege suchten, sollten unterstützt werden. Versuche, den Sozialstaat zu verändern, habe es bei Karenztagen, Entgeltfortzahlung und Arbeitslosenhilfe gegeben.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt die Erfahrungen mit der Beschäftigungspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten für vernichtend. Neue Instrumente würden gebraucht. Bei der Pflegeversicherung bedeute das Kompensieren für die Arbeitgeber den Ausstieg aus dem Solidarprinzip. Das Abwälzen auf die Versichertengemeinschaft sei ein weiterer Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung.

Kinder, Jugend und Familie

Bei der Opposition fand der Standpunkt der SPD, die Landesregierung habe den Bereich Kinder, Jugend und Familie in den letzten Jahren zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht und entsprechend gefördert, wenig Anklang: Man verwies auf Kürzungen und auf den Umstand, daß die Gesamtsumme des Etats für Jugend und Familie al-

lenfalls zwei Prozent des Gesamthaushalts ausmache.

Antonius Rösenberg (CDU) richtete die Aufmerksamkeit auf das Land Sachsen, wo der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz, der hier an den Finanzen scheitert, verankert sei. Sachsen gebe für die Kindertagesstättenfinanzierung knapp dreimal so viel aus wie NRW, weil es eben andere Schwerpunkte setze, die hierzulande versprochen, aber nicht eingelöst würden. Dort und in anderen Ländern gebe es auch ein Landeserziehungsgeld. So würden Milliarden ausgegeben, um entstandene Probleme zu lösen; wenn Entscheidungen aber rechtzeitig gefällt würden, würden diese Probleme gar nicht erst sich entwickeln. Das kommende Jahr der Familie sollten die Politiker zur Besinnung nutzen, welche enormen Leistungen die Familie für die Gesellschaft erbringt. Jugendpolitik sei Investition in die Zukunft, darum müsse sie zur „Chefsache“ werden.

Heinz Hilgers (SPD) machte auf die Verdoppelung des Kapitels Kinder, Jugend und Familie von einer (1989) auf über zwei Milliarden Mark im kommenden Jahr aufmerksam: Kein anderer Politikbereich habe eine solche Steigerung erfahren. Was Sachsen angehe, so finde dort derzeit ein Abbau von Tagesstätten statt, weil die Kinderzahl zurückgehe und „daß sie dort so viele Plätze haben, ist nicht Verdienst der jetzigen Landesregierung“. Hier habe man die umgekehrten Schwierigkeiten, weil die Kinderzahlen stiegen. Ein gerechter Familienlastenausgleich sei nur über das Steuersystem zu schaffen, derzeit laufe das in die entgegengesetzte Richtung. Auch wenn Geld da wäre, sei es kein realistischer Antrag, statt der geplanten 25 000 Plätze auf einmal 50 000 schaffen zu wollen; das sei einfach nicht umsetzbar.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) stimmte der Reformbedürftigkeit des Familienlastenausgleichs ebenso zu wie der Notwendigkeit eines „Runden Tisches“ zur breiten Diskussion der Gewaltfrage. Im übrigen befinde man sich in NRW, was die finanzielle Situation angehe, mit dem Rücken zur Wand. Die Behandlung des Tagesstättengesetzes habe viele Kräfte gebunden und den — unzutreffenden — Eindruck bewirkt, daß sich das Land sehr „kinderlastig“ präsentiere. Auch in der Jugendarbeit habe die Regierung versagt. Ihre Fraktion wolle die Entwicklungschancen der Jugendlichen „durch Förderung von Eigeninitiative, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessern“.

Beate Scheffler (GRÜNE) sah in dem Etat kein Signal dafür, „daß Kinder unsere Zukunft sind“ und daß Fremdenhaß und Gewalt ernsthaft bekämpft werden sollen. Im Landesjugendplan seien die Mittel für die Jugendarbeit effektiv gekürzt worden. Das treffe auf entsprechende Streichungen auf kommunaler Ebene. Das lasse Strukturen und mehr zusammenbrechen. Es sei „ärgere“, wie jetzt mit dem in Bonn beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgegangen werde: Wenn Männern die Kindererziehung obläge, dann hätte man seit zwanzig Jahren die erforderliche Zahl von Plätzen in Einrichtungen. Ihre Fraktion fordere unverändert mehr Geld für den Bau von Kindergärten.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) rechnete vor, für den gesamten Bereich Fa-



Die Gemeinden haben Sorgen, ihre Aufgaben nicht ausreichend finanzieren zu können: v.l. Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.) und Bärbel Höhn (GRÜNE).
Fotos: Schüler

milienbildung, -beratung und Kindertagesstätten stünden im kommenden Jahr insgesamt 292 Millionen Mark zur Verfügung. Zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wies der Minister darauf hin, daß NRW in den nächsten fünf Jahren um eine halbe Million Menschen weiterwachsen, es bliebe aber bei dem Ausbauziel von 125 000 zusätzlichen Plätzen in dieser Legislaturperiode. In Sachen Kindergarten sei man auf einem guten Weg, „in Sachen Jugendarbeit müssen wir nacharbeiten und neue Signale setzen“.

Gemeindedefinanzierung

Das Gemeindedefinanzierungsgesetz 1994 wurde mit den vom Ausschuß empfohlenen Änderungen in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU, F.D.P. und der Grünen angenommen.

Albert Leifert (CDU) hielt angesichts der „Kommunen in Not“ Haushalts-Kuratel in sehr vielen NRW-Gemeinden und Abschied von der Selbstverwaltung für nicht ausgeschlossen. Weil in einigen Städten die Gewerbesteuererinnahmen zurückgingen, bekämen sie Schlüsselzuweisungen, die wiederum den anderen Gemeinden abgezogen würden. Das Land befreie sich von den Umschichtungen für die neuen Länder zu Lasten der Kommunen und des Bundes nach dem Motto „Rette sich, wer kann.“ Die NRW-Kommunen seien von der Einheit besonders betroffen, da 1990 die Kürzungen des Anteils an den Steuereinnahmen durch die Landesregierung und die SPD-Mehrheit voll wirksam geworden seien: Verbundsatz Kfz-Steuer von 28,5 auf 23 Prozent, Gewerbesteueranteil von 64 auf 23 und Gewerbesteuerumlage auf Null, dazu Befrachtungen in Millionenhöhe. Am begrüßenswerten Konsens im Vermittlungsausschuß des Bundesrates hätten die kommunalen Spitzenverbände erheblichen Anteil. Verantwortliches Sparen müsse jeweils auf der gleichen Ebene erfolgen. Der kommunale Finanzausgleich müsse von landespolitischen Intentionen befreit werden. Zweckzuweisungen verursachten einen Wust von Bürokratie.

Jürgen Thulke (SPD) sagte, der Kompromiß im Bundesrat verhindere die Kommunalisierung der Dauerarbeitslosigkeit, der die Kom-

munen mit vier Milliarden Mark getroffen hätte. Zweckzuweisungen abzubauen und die Investitionspauschale sowie die Schlüsselzuweisungen zu stärken, wolle die SPD nicht. Sie wolle Dauerarbeitslosigkeit beim Hauptansatz stärker berücksichtigen und ehrenamtliches Engagement bei Sportvereinen, Gemeinden mit hohen Abwassergebühren und Städte mit zentralen Ausländerbehörden stärken. Durch die astronomischen Kosten der Einheit und der größten Rezession der Nachkriegszeit kämen rückläufige Einnahmen bei den Gemeinden bei steigenden Ausgaben.

Michael Ruppert (F.D.P.) nannte steigende Leistungen der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und für Umweltschutz für ursächlich für Haushaltszuwächse bei den Gemeinden. In Wuppertal mit 400 000 Einwohnern lebten heute mehr als 20 000 Menschen ständig von Sozialhilfe. Ein neuer Lastenausgleich sei dringend. Von Danaergeschenken des Bundes und des Landes müsse Abstand genommen werden. Beim Straffen der Verwaltung, Einsatz neuer Technik und Privatisierung könnten Bund und Länder von den Kommunen etwas lernen. Deren wirtschaftliche Spielräume dürften nicht eingeschränkt werden. Lediglich 15 Rechtsvorschriften für prüfbar, aber 74 für nicht überprüfbar zu erklären, lasse Zweifel am Abbau von Standards aufkommen.

Bärbel Höhn (GRÜNE) berichtete, den Grünen sei es gelungen, den Haushalt umzugestalten und 500 Millionen Mark zu den Gemeinden umzuschichten. Jedes Jahr 800 Millionen Mark für Straßen auszugeben, kritisiere sie aufs schärfste, ebenso den Ausweg des Landes durch drastisches Sparen bei Bädern, Theatern, Bibliotheken und Vereinsförderung. In der Kommune wirke sozialer Kahlschlag wie im Brennglas und berge Sprengstoff. Immer mehr Reichtum auf immer weniger Menschen zu konzentrieren, sei nicht im Sinne der Landtagsparteien. Wer wie die SPD vor einem Jahr noch schnell über Nacht fünfzig Millionen für Straßenbau bereitstelle, habe keine Sensibilität für Leute, die sich kein Auto mehr leisten könnten. Luxusbuckelpflaster vor dem Schloß sehe die Bevölkerung nicht mehr ein, wenn für Schulen kein Geld da sei. Zweckzuweisungen seien für die Gemeinden vorteilhaft, die Ausgaben jedoch nicht einsichtig.
Fortsetzung Seite 6

Politiker und Journalisten im Spannungsverhältnis

Bei einem Parlamentarischen Abend in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen am vergangenen Mittwoch hat sich Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zum Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten geäußert. Vor Abgeordneten, Vertretern der Landespressekonferenz und der Museumsleitung unter Dr. Armin Zweite erklärte die Präsidentin, Journalisten wirkten als Filter; und nicht alles, was Politiker gerne veröffentlicht haben wollten, könne diesen Filter

passieren. Hierfür gebe es Platzgründe, Zeitgründe und vieles mehr. Diese Freiheit der Presse in der Berichterstattung sei ein konstituierendes Element unserer Demokratie. Politisch und journalistisch arbeitende und handelnde Menschen stünden in der Demokratie in einem natürlichen Spannungsverhältnis zueinander. Das sei auch richtig und notwendig. Auf dieser Basis könne ein fruchtbarer Dialog zwischen beiden Gruppen entstehen. „Gerade in un-

serer hektischen, manchmal etwas oberflächlichen und nicht immer sehr rücksichtsvollen Zeit tragen wir dabei eine besondere Verantwortung. Der Verdruß auf alles, was mit Politik zu tun hat, ist groß. Ich denke, hier sind sowohl Politiker als auch Medien gefordert“, sagte Frau Friebe. Es müsse gelingen, den gesellschaftspolitischen Trend, der unserer Demokratie nicht guttue, zu stoppen, ihn nach Möglichkeit ins Gegenteil umzukehren.

Haushalt...

Fortsetzung von Seite 5

Hans Peter Lindlar (CDU) erwiderte auf einen Zwischenruf, nicht nur er, auch zwei weitere Kollegen des Kreises hätten eine „eigene Ausfahrt“. In NRW seien bei gleicher EG-Richtlinie und Bundesgesetze die höchsten Abwassergebühren zu zahlen, im Regierungsbezirk Köln die allerhöchsten. Maßgebliche Gebührentreiber säßen in Landesbehörden. In der Spitze gehe ein 3000-Mark-Monatslohn für Wasser und Abwasser einer vierköpfigen Familie drauf. Die Doppelförderung für Abwässer an Emscher und Seseke solle beseitigt und die Maßnahmen gedeht werden. Aus der Abwasserabgabe sollten zinslose Darlehen bei hohem Investitionsbedarf gegeben werden.

Reinhard Wilmbusse (SPD) erinnerte daran, daß aus der Verschiebung der dritten Reinigungsstufe auf Bundesebene nichts geworden sei. Probleme aus Brüssel und Bonn dem Land einseitig anzulasten, sei nicht richtig. Die von der SPD eingeführte Gebührensabvention müsse aus dem Verbund, von anderen Kommunen, aufgebracht werden. Als Bürgermeister könne er 100 Prozent Erstattung nicht zustimmen. Abwassergebühren seien Randprobleme. Es gehe darum, wie die Gemeinden überhaupt durchkämen.

Stellenpläne

Peter Bensmann (CDU) errechnete aus dem Wachstum des Landeshaushalts um 4,1 Prozent und höherer Kreditrate eine tägliche Zinslast von 28 Millionen Mark. Die Haushaltssperre sei ein richtiges Signal, die Personalausgaben müßten drastisch reduziert werden. Jede zweite Mark werde für Personal ausgegeben. Die Verbände hätten die Zeichen der Zeit erkannt und erstmals keine neuen Stellen gefordert. Eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst sei zwingend geboten. Die Ministerialzulage solle in Stufen abgeschafft werden. Die B-7-Stelle im Bundesratsministerium und eine Hebung von B 4 auf B 6 in der Landtagsverwaltung stünden in krassem Widerspruch zum Sparwillen des Ministers. Bei der Bevölkerung gebe es viel mehr Zustimmung zu Bescheidenheit, als es Funktionäre weismachten.

Ernst-Martin Walsken (SPD) sah keinen Königsweg aus der Finanznot, nur eine Kombination von Lösungen. Den Tarifpartnern beschneide die SPD nicht die Entschei-

dungsbefugnisse. Über eine differenzierte Nullrunde würde sie sich freuen. Der Abbau künftig wegfallender Stellen sei jetzt dokumentiert. Personalabbau sei nicht leicht und eine Gesamtaufgabe staatlicher Verantwortung.

Rudolf Wickel (F.D.P.) dankte den Kollegen im Ausschuß und dem Gutachterdienst für ausgezeichnete Arbeit. Hellwach müsse der Unterausschuß Personal werden; wenn Staatssekretäre auftauchten, dann sei etwas faul. Nur durch das ungeheure Geschäft der Personalkosten könne der Landeshaushalt konsolidiert werden. Eine Zeitbombe tickte durch Pensionen und Beihilfen. 1992 habe das Pensionsalter bei der Polizei im Durchschnitt bei 57, bei Lehrern bei 58 und bei den übrigen Verwaltungen bei 59 Jahren gelegen. Ruhegehälter zwischen 69 und 72 Prozent seien gezahlt worden. Für Pensionszahlungen gebe es keine Rückstellungen im Haushalt, sie müßten aus dem laufenden erwirtschaftet werden. Wenn es in den Ministerien ans Eingemachte gehe, gebe es eine Fachbruderschaft für die Interessen der Häuser gegen das Parlament. Rund 25 Prozent aller Ministerialbediensteten verwalten nur Töpfe. Der Landtag könne das lösen, indem er die Töpfe abschaffe. Der Finanzminister erkenne vieles früher als seine Ressortkollegen. Der Arbeitsminister stelle Personal für einen Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Verfügung, das sei nicht in Ordnung.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sagte: „Wir haben es hier mit einer großen Koalition der Personalkapper zu tun“ und sprach sich gegen Nullrunden aus. Es sei fast zynisch, den öffentlichen Dienst ausbaden zu lassen, was durch Steuergeschenke an Unternehmen verursacht worden sei. Besserverdienende sollten sich einschränken, exemplarisch die Abgeordneten bei ihren Diäten. Beamte und Selbständige seien durch die Einheit kaum, die Sozialversicherung mit mehr als der Hälfte der Kosten belastet, das sei ein Skandal. Der öffentliche Dienst sei differenziert zu betrachten, das Gequatsche vom schlanken Staat sei aufzugeben. Statt Neubauten solle es mehr Betriebsprüfungen gegen Steuerhinterziehung geben. 40 Millionen Mark für Propaganda sei ein starkes Stück.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bekundete Stolz darüber, daß NRW die niedrigsten Personalkosten aller Länder habe. Organisationsveränderungen müßten mit dem Wegfall von Stellen parallel laufen. Die B-7-Stelle in Bonn habe mit der wichtigeren Interessenvertretung des Landes zu tun. 30 000 Stellen seien mit dem Ergebnis von 7 500 künftig wegfallend untersucht worden,

vorher die 150 000 in den Schulen. Noch 170 000 Stellen seien zu untersuchen. Für die Arbeit im Haushaltsausschuß und im Unterausschuß Personal bedankte sich der Minister ausdrücklich.

Landtag

Von der CDU wurde darauf aufmerksam gemacht, man rede in eigener Sache. Es ging um die Entschädigungen der Abgeordneten. Einen Änderungsantrag von CDU und Grünen unter dem Stichwort „Abgeordnetendiäten“ lehnten SPD und F.D.P. ab. Der Einzelplan 01 des Landtags wurde bei Enthaltung von CDU und Grünen in zweiter Lesung verabschiedet.

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte, ohne gesetzliche Grundlage im Abgeordnetengesetz habe es noch nie auf Verdacht eine Erhöhung bei den Diäten im Lande Nordrhein-Westfalen gegeben. Die CDU-Landtagsfraktion habe schon sehr früh zu erkennen gegeben, daß sie einer Diätenerhöhung für das Jahr 1994 nicht zustimmen werde. Konsequenterweise stelle man auch heute den Abänderungsantrag (Drs. 11/6445), dem sich ja die GRÜNEN-Fraktion angeschlossen habe. Der CDU-Änderungsantrag beinhalte, die Erhöhung der Diäten um 565 000 Mark und die Aufwandsentschädigung um 326 000 Mark zu streichen.

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, betonte: „Das eigentliche Problem, welches sich mit den Diäten der Abgeordneten verbindet, ist doch im Grunde genommen, daß wir über unsere Einkünfte selbst bestimmen müssen. Das ist der Punkt.“ Die SPD habe immer gesagt, daß Maßstab für die Diäten und die Parteienfinanzierung die Richtlinie sein müsse, die auf Bundesebene beraten und verbindlich vorgegeben werde. „Warum gehen Sie von den Grünen und Sie von der CDU jetzt hier hin und verbauen uns die Chance, in diesem Sinne die Diskussion zu bereichern, indem wir die Frage der Diäten wirklich einmal grundsätzlich angehen?“, fragte die Abgeordnete. Von der SPD gebe es eine klare Aussage, nämlich, daß es eine Nullrunde gebe.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sagte, er verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Berechnung der F.D.P.-Fraktion, daß allein 26 000 und mehr Beamte der Landesregierung höher besoldet würden als die Abgeordneten und es allein in der Landtagsverwaltung 36 Beamte gebe, die höher einge-

stift seien als Abgeordnete. „Haben wir denn eigentlich Grund und Anlaß, uns unserer Leistungen in Permanenz zu schämen? Ich sage: Nein!“ Er persönlich finde die Diskussion „mit dem Haupt in Asche gehen“ langsam unerträglich. Wer seine Aufgabe ernst nehme, habe mindestens die Sechstage-Woche, sei mindestens 80 Stunden in der Woche unterwegs, müsse um die freien Sonntage kämpfen, vernachlässige den privaten Bereich, verliere seine Freunde, weil er keine Zeit mehr habe und zahle Sonderbeiträge. Dazu komme, daß er am öffentlichen Pranger stehe.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, merkte an, was zu dieser öffentlichen Debatte geführt habe, sei doch dieser seltsame Widerspruch, einerseits eine politische Nullrunde zu beschließen, andererseits aber die Mittel im Etat zu erhöhen. Das sei doch der Punkt, der zu mehr Politikverdrossenheit führe. „Denn unser Beschluß vom 11. November, in dem wir gemeinsam eine Nullrunde beschlossen haben, hat uns in der Öffentlichkeit viel Sympathie eingebracht. Er hat uns mehr Glaubwürdigkeit gebracht.“ Vesper folgerte weiter: „Ich glaube auch, daß wir auf diese Weise viel mehr Selbstbewußtsein gezeigt haben, als wenn wir bedenkenlos und gedankenlos unsere Diäten erhöht hätten.“

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, bat das Parlament darum, zu dem zu stehen, was im November beschlossen worden sei, und was auch als Nachricht zum Beispiel über den Beschluß der SPD-Fraktion nach draußen gegangen sei. Dort sei davon gesprochen, daß die SPD-Fraktion für eine Nullrunde im Jahr 1994 eintrete. „Es ist einfach konsequent, wenn wir heute sagen: Wenn wir gemeinsam der Meinung sind, wollen wir uns auch keine Hintertürchen offenlassen. Dann bedingt das, daß wir uns im Etat 01 auch keinen Spielraum offenlassen. Nur darum geht es“, unterstrich der Politiker. Die CDU-Fraktion sei konsequent. Man verlange eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst. Man lege Wert darauf, daß Abgeordnete mit gutem Beispiel vorgingen.

Auto und/oder Bahn

Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der Verkehrspolitik der Landesregierung bot der Einzelplan 15 (Stadtentwicklung und Verkehr), der gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen angenommen wurde.

Günter Langen (CDU) urteilte: „Für Zukunftsinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur besteht offensichtlich keine Lobby in der SPD.“ Das zeige ein Blick in den Etatentwurf des Verkehrsministers für 1994. Wesentliche Investitionen für den Verkehr finanziere der Bund — und das, obwohl NRW über drei Milliarden Mark aus der Kraftfahrzeugsteuer einnehme. Dabei sinke im Lande ständig der Teil der Mittel für Investitionen: 1994 nur noch 720 Millionen von jenen drei Milliarden. Auch der Bereich der privaten Finanzierung von Bauvorhaben werde zu zaghaft angegangen. Wer Zukunft für das Land wolle, müsse Ideen haben und investieren, sonst betätige er sich als „Rückentwickler bislang gesunder Regionen und Wirtschaftsbereiche“.



Den Generaldirektor des Taipeh-Wirtschafts- und Kulturbüros in Bonn, Charles Shu-Chi-King (r.) hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (2. v.l.) im Landtag empfangen. An dem Gespräch nahm auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (2. v.r.) teil. Foto: Schüler

Karl Böse (SPD) nannte die Investitionskürzungen für 1994 „bedauerlich“, aber angesichts der Konsolidierungsbemühungen notwendig. Die SPD wolle ihre Vorrangpolitik für den ÖPNV fortsetzen; hier werde mit Unterstützung der Kommunen ein integriertes Stadtbahnnetz angestrebt, Erfolge sollten in absehbarer Zeit von den ÖPNV-Kunden genutzt werden können, die Attraktivität müsse gesteigert werden. Was den Flugverkehr angehe, sei wohl die Holding zwischen Düsseldorf und Köln gescheitert. Nun sei über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen beiden Flughäfen unterhalb der Holdingebene nachzudenken. Böse warnte vor „Ökologischer Schizophrenie“ — zum Wohl der Menschen und der Umwelt Projekte vor Ort zu fordern und dann Maßnahmen zu verhindern, die der Verkehrssicherheit dienen und die Umwelt der betroffenen Menschen verbessern.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) bezeichnete den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr angesichts eines Defizits von über zwei Milliarden als „praktisch pleite“ — da sei es unverantwortlich, dem Verbund ohne Sanierungskonzept weitere Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Kritik übte sie auch am Semesterticket, wo eine relativ kleine Gruppe mit 40 Millionen Mark subventioniert werde, was aus den Straßenbaumitteln abgezweigt werde. Die Sprecherin warf in beiden Zusammenhängen der Landesregierung vor, sie spiele mit „gezinkten Karten“.

Gisela Nacken (GRÜNE) verlangte eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs; das Land habe kein Defizit bei den Straßen- und Flughafenkapazitäten, sondern in der Verkehrspolitik. Steigende Verkehrsleistung sei für ihre Fraktion kein Grund, nach neuen Straßen zu rufen, sondern die politischen Anstrengungen zu erhöhen. Man sei auch nicht gegen Ortsumfahrungen, sondern dagegen, daß diese Straßen neuen Verkehr erzeugten. Die Investitionsmittel von Bund, Land und Kommunen seien auf den Ausbau eines Umweltverbundes zu konzentrieren,

die Ansätze für den Landesstraßenbau drastisch zu reduzieren. Alle Projekte für eine leistungsfähige Infrastruktur im Verkehrsbe- reich seien auf ökologische und ökonomische Auswirkungen zu überprüfen.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) wandte sich gegen Euphorie in Sachen privater Finanzierung: Dabei handle es sich um eine Vorfinanzierung, die die öffentlichen Haushalte am Ende deutlich teurer komme. Zudem fehle die gesetzliche Grundlage für ein solches Konzessionsmodell. Der Minister wies die Vorwürfe gegen die Mittelvergabe an den VRR zurück (1,6 Millionen Mark für Controllingmaßnahmen) und verteidigte das Semesterticket für die Studierenden. Der Minister zählte zum Schluß all jene Ortsumgehungen im Lande auf, die, bei der von den Grünen verlangten Kürzung um 55 Millionen Mark, nicht gebaut werden könnten.

Ministerpräsident, Staatskanzlei

Die mannigfachen Aktivitäten des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei im In- und Ausland standen zur Debatte. Kritik kam von CDU und F.D.P. Aber die Grünen hatten auch Lob parat. Von der Flüchtlingshilfe bis zum Kölner Filmfestival reichten die Themen. Der Einzelplan 02 wurde mit den Stimmen der SPD gegen die drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Ruth Hieronymi (CDU) stellte bei einem Blick auf die Haushaltsansätze im Haushalt des Ministerpräsidenten statt ernsthaften Sparens eine beachtliche Steigerung im Einzelplan 02 fest, und zwar über die vergangenen vier Jahre. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende räumte ein, von der CDU-Fraktion werde ausdrücklich die Ausweitung der Leistungen im Rahmen der humanitären Hilfe und der Flüchtlingshilfe mitgetragen. Was man aber kritisiere, sei, daß in den übrigen Bereichen des Einzelplans des Minister-

präsidenten von ernsthaftem Sparen nun wirklich keine Rede sein könne. Dies gelte natürlich für die Repräsentationsaufgaben der Landesregierung. Ferner unterstütze man grundsätzlich das Engagement des Landes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Aber es sollte so sein, daß die Mittel tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Jürgen Büssov (SPD) wies darauf hin, sechs Anträge der Opposition befaßten sich allein mit der Repräsentations- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Die Landesregierung habe mit ihrem Entwurf zum Einzelhaushalt 02 die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit von 1993 auf 1994 überrollt. Das bedeute wegen der gestiegenen Druckkosten, Papierkosten und Honorarkosten Kürzungen von 5 bis 8 Prozent. An seine Vorrednerin gewandt, sagte der Abgeordnete: „Wenn man sich hier hinstellt und fordert, hier soll gespart werden, muß man fragen: Was tun Sie da, wo Sie Verantwortung tragen?“ Die Bundesregierung nun, das Bundespresseamt, hole sich eine Erhöhung seiner Mittel um 20 Prozent für 1994. Und das im Superwahljahr 1994, wo es Experten sagen, das sei schon jenseits der Verfassungsgrenze.

Wolfram Dorn (F.D.P.) ging auf das Filmfestival in Köln ein. Es habe bisher dreimal stattgefunden, 1990 bis 1992. Das Echo in den Medien sei vernichtend gewesen. Dorn sprach von einem sich jährlich wiederholenden Flop. 1993 seien auch 400 000 Mark vorgesehen gewesen, aber das Festival sei schon in den Vorbereitungen total gescheitert. Jetzt seien für 1994 wieder 400 000 Mark im Haushalt eingesetzt. Der Abgeordnete wies ferner darauf hin, daß mit Geldern aus NRW in Höhe von zwei Millionen Mark eine Burg im Lande Brandenburg restauriert worden sei, die dann von der brandenburgischen Regierung oder örtlichen Behörden für eine Mark an den Burgenkönig Hillebrand

Stahl-Appell an Bonn

Der NRW-Landtag hat die Bundesregierung am Donnerstag erneut aufgefordert, Stahlsubventionen auf nationaler wie europäischer Ebene eine eindeutige Absage zu erteilen. In einem mit der SPD-Mehrheit angenommenen Antrag wird der geplante Ausbau des Stahlstandorts Eisenhüttenstadt kritisiert. Es widerspreche „jeder ökonomischer Vernunft“, in Brandenburg Kapazitäten von fast einer Million Jahrestonnen durch den Einsatz von Steuergeldern aufzubauen. Dies werde zu einem zusätzlichen Verlust von Arbeitsplätzen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie führen. Die gleichlautende Formulierung hatte auch in Anträgen von CDU und F.D.P. gestanden.

Keine Mehrheit fand ein weitergehender Antrag der CDU, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, jeder direkten Unterstützung der NRW-Stahlindustrie durch das Land eine klare Absage zu erteilen und die Bildung einer Ruhrstahl AG nicht zu unterstützen. Die Union hatte zudem gefordert, die Regierung solle eine Kürzung der NRW-Zahlungen in den Länderfinanzausgleich prüfen, damit die Stahlhilfen anderer Bundesländer nicht mit Steuergeldern aus NRW bezahlt werden.

verschenkt worden sei. Nun frage man sich, was sage die Staatskanzlei dazu?

Bärbel Höhn (GRÜNE), Fraktionssprecherin, betonte, es gebe häufig auch eine gute Zusammenarbeit. Die Grünen hätten im letzten Jahr einen Antrag eingebracht, 1,5 Millionen Mark für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien einzubringen. Damals sei in der Tat die SPD sehr flexibel gewesen und habe praktisch innerhalb eines Tages

Brandversicherung

Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt Detmold (Drs. 11/6199), das nach der ersten Lesung am 10. November in die Ausschußberatung überwiesen wurde, werden im Rahmen des Europäischen Binnenmarkts die deutschen Versicherungsmonopole auf dem Gebiet der Gebäudeversicherung abgeschafft. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erläuterte, Versuche der Länder im Bundesrat seien gescheitert, den bewährten Zustand beizubehalten.

Wasserschutzgebiete

Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten werde auch weiterhin vom Umweltministerium fortgesetzt, so Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Michael Vesper (GRÜNE). „Insgesamt sind oder werden in absehbarer Zeit (...) 83 Prozent der Trinkwasserförderung unter Schutz gestellt sein.“ Dies bedürfe aber einer mehrjährigen Zeitspanne, da der finanzielle und verwaltungstechnische Aufwand sehr hoch sei. Die Regierungspräsidenten seien jedoch im Bedarfsfalle gesetzlich verpflichtet, neue Schutzgebiete auszuweisen bzw. ausgelaufene Verordnungen zu verlängern (Drs. 11/5622).

darauf reagiert. Dieser Antrag sei angenommen worden. In diesem Jahr habe man einen ähnlichen Antrag eingebracht, in dem die Grünen gesagt hätten: Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Mark werden zweckgebunden für Maßnahmen zugunsten von weiblichen Gewaltopfern in Krisengebieten eingesetzt. Sie freue sich, daß es praktisch eine Zusage der Landesregierung gegeben habe.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) räumte ein, was das Filmfestival in Köln und die 400 000 Mark angehe, so habe Herr Dorn recht: „Wir tun uns und die Kölner tun sich mit dem Filmfestival außerordentlich schwer.“ Es sei auch nicht leicht, ein Filmfestival auf die Beine zu stellen und etwas Neues in diesem Bereich zu schaffen. Dennoch glaube er, daß es für ein Medienzentrum und für ein Film- und Fernsehzentrum, wie es Köln sei, wichtig sei, daß es sich auch durch Veranstaltungen dieser Art im deutschen und im europäischen Bewußtsein verankere. „Unser Ziel ist nicht eine Festivität, wie sie Herr Dorn andeutungsweise angesprochen hat, sondern unser Ziel ist es, ein Festival zu organisieren, in dem sich der deutsche und europäische Film darstellen kann. Daran mangelt es, und darum wollen wir uns bemühen.“ Die Landesregierung werde ein solches Filmfestival nicht fördern, wenn man nicht sicher sei oder halbwegs sicher sein könne, daß der nächste Versuch klappe.

Bundesangelegenheiten

Der Einzelplan 09 des Ministeriums für Bundesangelegenheiten ist ohne Debatte mehrheitlich in zweiter Lesung verabschiedet worden.

Fortsetzung folgt



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) hat am vergangenen Mittwoch im Plenum den neuen CDU-Abgeordneten Josef Wilp aus Rheine verpflichtet. Wilp ist über die CDU-Landesreserveliste als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Hans Wagner in den Landtag nachgerückt. „Es ist eine verantwortungsvolle Arbeit, die Sie als Volksvertreter übernehmen“, stellte die Präsidentin fest.

Foto: Schüler

Antwerpen

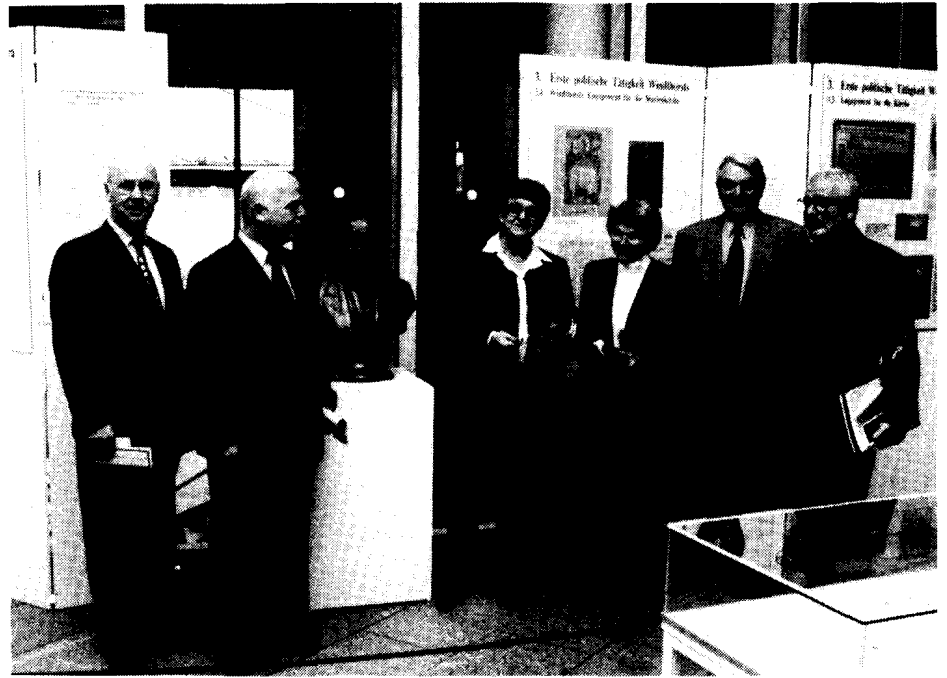
Erfolgsbilanz als Kulturhauptstadt

Mit einer Delegation von sieben Abgeordneten unter Leitung der Ausschußvorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU) führte der Kulturausschuß am 2. und 3. Dezember 1993 einen Informationsbesuch in Brüssel und Antwerpen durch. In Brüssel kamen die Landtagsabgeordneten mit deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlamentsausschusses für Kultur, Jugend, Bildung und Medien sowie mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu einem Informationsaustausch über das „Neue Kulturkonzept der EG“ sowie zur „Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaften nach Maastricht“ zusammen. Danach unterrichtete sich der Ausschuß in Antwerpen über die mit der Funktion als „Kulturhauptstadt Europas 1993“ einhergehenden kulturellen Veranstaltungsprogramme, Restaurierungs-, Stadterneuerungs- und Denkmalschutzmaßnahmen.

Die Europa-Abgeordnete Gepa Maibaum, Mitglied des Europäischen Parlamentsausschusses, und die Referentin der Kulturabteilung der Europäischen Kommission, Birgit Stengel, stellten zu Beginn der Diskussion in Brüssel die besondere Rolle des (Kultur-) Artikels 128 im Vertrag von Maastricht heraus. Damit sei die Kulturpolitik der EG überhaupt zum ersten Mal in der Gemeinschaft auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Nach diesem Artikel leistet die Gemeinschaft einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes. Sie fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen: Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker; Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung; nichtkommerzieller Kulturaustausch; künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich des audiovisuellen Bereichs.

Ein weiteres wesentliches Element der europäischen Kulturpolitik sei die im Maastricht-Vertrag aufgenommene Kulturverträglichkeitsklausel, die ab sofort die Möglichkeit zu intervenieren eröffne, wenn EG-Entscheidungen in anderen Aufgabenfeldern kulturelle Belange beeinträchtigen sollten. Alle legislativen Entscheidungen im kulturellen Bereich bedürfen nun einstimmiger Beschlüsse, so daß die Länder maßgeblich bei der Mittelvergabe mitbestimmen. Die Sorge, die Länder könnten in ihrer Kulturhoheit beeinträchtigt werden, sei, so Frau Maibaum, unbegründet.

Entscheidender Punkt in der Kulturförderung, die sich in der Regel auf Projektförderung beschränkt, sei die Zusammenarbeit zwischen mehreren Staaten (mindestens drei Partnerländer müssen an der Finanzierung von Veranstaltungsprogrammen beteiligt sein), wodurch sich auch eine weitere Kooperation entwickle. Derzeit betrage der



Die Ausstellung „Ludwig Windthorst 1812—1891“ hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) am 7. Dezember in der Eingangshalle des Landtags eröffnet. Sie dankte im Beisein von Kultusminister Hans Schwier (2. v.r.) der Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung, die anlässlich ihres 40jährigen Jubiläums mit ihrem Vorsitzenden Müller-Ruckwitt diese Ausstellung initiiert hatte. Ihr Dank galt ferner der Ludwig-Windthorst-Stiftung und deren Vorsitzenden Dr. Remmers, die es sich zur Aufgabe mache, Windthorsts christlich-soziale Vorstellungen für die heutige Zeit fruchtbar zu machen. Die Präsidentin nannte Windthorst den geborenen Parlamentarier. „Er war ein glänzender Redner und galt als der gefährlichste Gegner Bismarcks im Parlament.“ Frau Friebe ging auch auf die Herkunft Ludwig Windthorsts ein: Er stammte aus Osterkappeln bei Osnabrück, wurde 1836 in Osnabrück Rechtsanwalt und Syndikus der Ritterschaft, 1848 eigentlicher Führer der Regierungspartei in der zweiten hannoverschen Kammer und später Justizminister. Ab 1867 war Windthorst Abgeordneter für den norddeutschen Reichstag und Abgeordneter für das preußische Parlament. Er bemühte sich um den politischen Zusammenschluß des deutschen Katholizismus. Foto: Schüler

Kulturhaushalt der EG auf der Basis des Neuen Kulturkonzepts der Gemeinschaft nur knapp 13 Millionen ECU (etwa 25 Millionen Mark), wobei jetzt allerdings auch die EG-Strukturfonds für bestimmte kulturelle Projekte zur Verfügung stünden. Seitens der EG-Kommission wurde darauf hingewiesen, daß die Frage der Subsidiarität oberstes Prinzip sei. In erster Linie sollten kulturpolitische Projekte auf der untersten nationalen Entscheidungsebene betrieben werden. Nur dort, wo Projekte auf bilateraler Ebene erforderlich seien, solle die EG-Politik greifen. Auch sei von großer Bedeutung, daß die Europäische Union im Bereich der Kultur eindeutig keinerlei Harmonisierungsregelungen anstrebe.

Im Anschluß an diese Gespräche, in denen die nordrhein-westfälischen Landespolitiker auch Fragen hinsichtlich der Vertretung der Kulturpolitik Deutschlands in der EG unter Berücksichtigung seiner föderalen Struktur, der Sicherstellung der Kontinuität und des Umgangs mit dem Begriff „Regionalisierung“ zur Sprache brachten, wohnte die Delegation zeitweise auch der Sitzung des Europäischen Parlamentsausschusses in Brüssel bei. Dabei konnte sie die gerade anstehende Beratung des Zwischenberichts zum Thema „Die Probleme des audiovisuellen Bereichs im Rahmen der Konferenz und der Richtlinien zum Fernsehen ohne Grenzen“ mitverfolgen.

In der diesjährigen Kulturhauptstadt Europas, Antwerpen, besichtigte die Landtagsdelegation insbesondere die beispielhaften und vielfältigen Maßnahmen im Denkmalschutz- und Restaurierungsbereich, die überwiegend in Privatinitiative sowohl im Zu-

sammenhang mit dieser besonderen Kulturträgerschaft als auch unabhängig davon unternommen worden sind. Der Intendant des für die Organisation der Kulturhauptstadtprojekte gegründeten Vereins „Antwerpen '93“, Eric Antonis, gab den Kulturpolitikern im Rathaus der Stadt einen aufschlußreichen Einblick sowohl in die besonderen Vorzüge als auch in die Probleme, mit denen Antwerpen bei der Projektverwirklichung zu tun hatte. Im Herbst 1990 habe das Konzept des Projekts Antwerpen, Kulturhauptstadt Europas, seine definitive Form erhalten. Antwerpen '93 habe den Begriff „Kultur“ bewußt auf den der „Kunst“ eingegrenzt, wobei der Nachdruck auf zeitgenössischer Kunst lag. Weiter sollte Antwerpen '93 ein europäisches Projekt werden, das sich auf dem Podium Antwerpen präsentiert. Und schließlich sei gewollt, daß Antwerpen '93 auch über das Kulturjahr hinaus Spuren in der kulturellen Landschaft Antwerpens und Flanderns hinterlassen soll. Antwerpen sei im Gegensatz zu ehemaligen Kulturhauptstädten Europas wie Paris, Berlin, Madrid und Amsterdam, die ohnehin die tatsächlichen kulturellen Zentren Europas seien, in einer völlig anderen Situation. Antwerpen gelte aus verschiedenen Gründen nicht gerade als kulturelles Zentrum. Um so größer sei die Herausforderung gewesen, aus dieser Stadt zumindest ein Jahr lang eine Kulturhauptstadt zu machen. In der Tat habe sich Antwerpen als solche profiliert. Nun werde 1994 daran gearbeitet, dieses Profil zu halten und die entsprechenden Strukturen auszubauen und zu stärken. Der Versuch, im Veranstaltungsprogramm ganz auf moderne Kunst zu setzen, habe sich als voller Erfolg erwiesen.

Akademie der Wissenschaften will sich in Zukunft im Land NRW gegenüber der Politik stärker öffnen

Die bisherige Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, die sich in Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften umbenannt hat, will sich gegenüber Öffentlichkeit und Politik unter Wahrung des eigenen wissenschaftlichen Niveaus stärker öffnen. Diese Bereitschaft bekundeten Mitglieder des Präsidiums bei einer Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Reinhard Grätz (SPD) in den Räumen der Akademie in Düsseldorf. Der Vizepräsident der Akademie und Bonner Mathematiker Professor Dr. Bernhard Korte, betonte bei seiner Einführung, global gesprochen, sehe er die Aufgaben einer Akademie darin, der Öffentlichkeit im weiteren Sinne nicht nur ein Verständnis für Wissenschaft zu vermitteln, sondern auch klarzumachen, wozu Wissenschaft gut sei. Korte unterstrich ferner, die Verpflichtung, sich „qua Gesetz“ mit Fragen der Wissenschaftspolitik zu beschäftigen, werde von der Akademie ernstgenommen.



Begegnung zwischen Politik und Wissenschaft: v.r. Hauptausschlußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD) und Professor Bernhard Korte.

Der Besuch des Hauptausschusses in der 1970 gegründeten Akademie diente auch dem Bemühen, im Gespräch angestaute Irritationen abzubauen. Korte räumte freiweg ein: „In der Tat haben sich Akademie und — ich sage mal — Land etwas auseinanderdividiert.“ Es komme daher darauf an, einige Akzente zu setzen, weil von politischer Seite nach seiner persönlichen Meinung „zu Recht“ das eine oder andere Fragezeichen gesetzt worden sei.

Auf „das eine oder andere Mißverständnis“, womöglich auch auf Grund mangelnden Sichkennens, hatte eingangs Hauptausschlußvorsitzender Reinhard Grätz hingewiesen, indem er „an einen zum Teil kritischen, wenn auch kurzen Diskurs insbesondere im vorigen Jahr während der Haushaltsberatungen über — ich sage mal verkürzt — Sinn und Zweck dieser Akademie“ erinnerte. Grätz betonte, da gebe es kritische Rückfragen, bei insgesamt doch bestehender Sympathie.

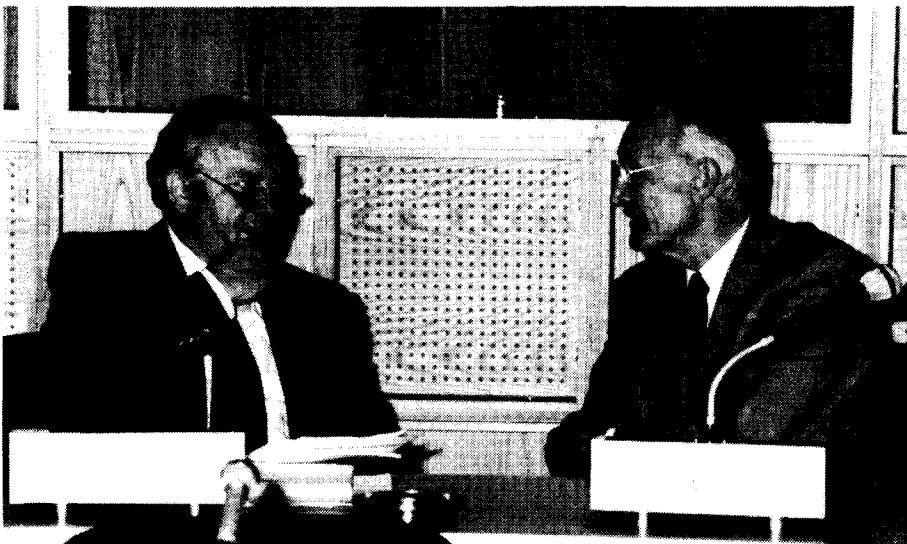
Daß die Akademie es indessen nicht einfach habe, suchte Professor Korte unter Hinweis auf die Finanzen zu verdeutlichen. Alle anderen Akademien in Deutschland, so in Bayern, in Mainz, in Heidelberg, in Göttingen, die Leopoldina in Halle und in Leipzig bekämen mehr Mittel. Mit einem Etat von 3,4 Millionen Mark bilde Düsseldorf das absolute Schlußlicht. Das schlage sich durchaus in den Aktivitäten nieder. Der Vizepräsident erläuterte, die Akademie bestehe aus Klassen, in die Vertreter der Wissenschaft aus Nordrhein-Westfalen gewählt würden. Hinzu kämen korrespondierende Mitglieder aus aller Welt. Laut Korte zählen zu den weiteren Aufgaben acht wissenschaftliche Langzeitprojekte im Bereich der Geisteswissenschaften sowie der Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. 160 solcher Projekte gibt es insgesamt in der Bundesrepublik, davon 95 bei den Geisteswissenschaft-

ten. Er sah jedoch darin die Aufgaben der Akademien nicht erschöpft. Korte betonte noch einmal, die Akademie habe die zentrale Funktion, der Öffentlichkeit die Bedeutung von Wissenschaft klarzumachen. Er folgerte: „Wir haben eine Bringschuld, weil Wissenschaft inzwischen einen wesentlichen Teil des Bruttosozialprodukts vereinnahmt.“

Auf einen Aspekt, der die Akademie an ihrem Lebensnerv berührt, machte der Sekretär der Klasse für Geisteswissenschaften im Präsidium, der Bonner Theologe Professor Dr. Martin Honecker, aufmerksam. Er betonte, es müsse klar sein, daß die Finanzierung der Akademie Bund-Länder-Förderung sei. Kürzungen bedeuteten nicht nur, daß am Landesetat gespart werde, sondern auch entsprechende Zuschüsse des Bundes verlorengehen. Honecker versuchte auch zu erklären, warum man von dieser Akademie so wenig höre. Als Begründung führte er an, daß es hier vor allem um Grundlagenforschung gehe. Er räumte ein, die Werbung „in die Öffentlichkeit hinein“ könnte besser sein. Die Öffentlichkeitsarbeit dürfe aber nicht auf Kosten wissenschaftlicher Genauigkeit gehen. „Nicht unter Niveau“, meinte Honecker.

Auf die große Bedeutung der Grundlagenforschung wies der Chemiker Professor Dr. Günter Wilke hin, der bis März dieses Jahres als Direktor das Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr leitete. Er hielt die Tendenz für bedenklich, Grundlagenforschung nur danach zu bewerten, wie sie wirtschaftlichen Erfolg erzielen könne. Das bedeute, das Pferd von hinten aufzuzäumen.

Bei der Aussprache stießen die Aussagen der Präsidiumsmitglieder nicht durchweg auf Zustimmung. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern war nicht einverstanden mit dem Begriff „unter Niveau“. Er wolle behaupten, wenn einer etwas begriffen habe, dann könne er es auch einfach darstellen. Unter Hinweis darauf, daß satzungsgemäß im Ku-



Wissenschaft und Öffentlichkeit: v.r. Professor Dr. Günter Wilke und Professor Dr. Martin Honecker.

Fotos: Schüler

Fortsetzung Seite 17

Clement berichtet im Hauptausschuß über Berlin-Umzug und Ausgleichspläne

Anbindung des Köln-Bonner Flughafens an ICE-Netz verbessert die Infrastruktur in der Region Bonn

Den Umzug nach Berlin bis zum Jahr 2000 bewerkstelligen zu wollen, halte er für eine Fata Morgana. Das sei weder beherrschbar noch finanziell zu verkraften. Die Landesregierung habe daher einen Konsensvorschlag zur Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991 entwickelt und auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck vertreten. Das erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) bei einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde im Hauptausschuß unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU).

Clement erläuterte, eine befriedigende Wirkung bekomme die Umzugsentscheidung nur, wenn sie auf der Grundlage des Beschlusses vom 20. Juni 1991 mit allen seinen Teilen getroffen werde. Sie dürfe die Glaubwürdigkeit des Parlaments nicht beschädigen. Sie müsse der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn klare Perspektiven und Planungssicherheit bieten sowie der dramatischen Finanzsituation aller öffentlichen Haushalte Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund sei nach seiner Ansicht folgendes machbar, fuhr der Minister fort: Der Bundespräsident nehme seinen ersten Amtssitz ab sofort in Berlin. Das geplante Verwaltungsgebäude des Bundespräsidialamtes, südlich von Schloß Bellevue, werde so schnell wie möglich gebaut. Der Bundeskanzler nehme ab sofort seinen zweiten Wohnsitz in Berlin. Der im Spreebogen vorgesehene Neubau des Kanzleramtes werde so schnell wie möglich realisiert.

Zug um Zug

Ebenso sollten der Umbau des Reichstagsgebäudes, die Errichtung von Neubauten im Dorotheenblock und nördlich des Reichstagsgebäudes und die Grundsanierung bestehender Gebäude für Zwecke des Deutschen Bundestages so schnell wie möglich realisiert werden. Die zehn Ministerien, die nach Berlin verlagert werden sollten, nähmen in Berlin zunächst ihren zweiten Wohnsitz, sobald die dafür notwendigen Voraussetzungen in einem „Haus der Ministerien“ gegeben seien. Die „faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn werde in einem „Berlin-Bonn-Gesetz“ festgelegt. Die Ausgleichszahlungen des Bundes für den Verlust des Parlamentsortes und des „Kernbereichs der Regierungsfunktionen“ würden in einer Vereinbarung mit der Region Bonn und mit den Ländern NRW sowie Rheinland-Pfalz festgelegt.

Clement ging dann auf die Ausgleichsmaßnahmen ein, die im Gegenzug zu den in Berlin vorgesehenen Maßnahmen bis zum Jahr 2000 in Bonn realisiert werden sollten: Errichtung einer Fachhochschule Rhein-Sieg und einer Abteilung Bad Neuenahr-Ahrwei-



Aktuelle Viertelstunde: Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Lothar Hegemann (CDU) und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), vorne von rechts. Foto: Schüler

ler der Fachhochschule Rheinland-Pfalz; Errichtung eines Strukturfonds für die Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur; ein Internationales Wissenschaftszentrum Bonn; Anbindung des Flughafens Köln/Bonn an das ICE-Netz der Deutschen Bundesbahn und schienenmäßige Anbindung von Köln und Bonn an den Flughafen Köln/Bonn. Dieses Projekt müsse neben dem mit dem Bund gegebenenfalls auszuhandelnden Pauschalbetrag finanziert werden.

Der Minister berichtete, am 12. November habe es ein Gespräch aller Beteiligten mit dem Bundeskanzler über die Umzugsproblematik gegeben. Dabei habe sich der Kanzler klar zur Ausgleichsverpflichtung des Bundes für die Region Bonn bekannt. Die Entscheidungen für Berlin und Bonn müßten gleichzeitig getroffen und parallel, Zug um Zug, verwirklicht werden. „Das ist ein gutes Ergebnis. Bisher hatte sich die Bundesregierung noch nie so eindeutig geäußert“, meinte Clement.

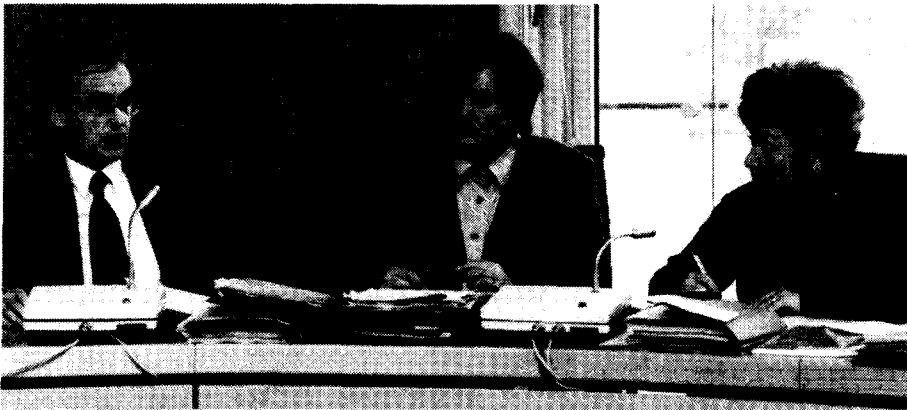
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte er, er halte einen Betrag von mindestens fünf Milliarden Mark für die Ausgleichsmaßnahmen für erforderlich, „damit wir den Prozeß der Umstrukturierung in der Region Bonn vernünftig und mit Aussicht auf Erfolg gestalten können“. Mit dieser Summe liege er nicht weit von den Zahlen entfernt, die Bundesminister Bohl am 12. November im Bundeskanzleramt genannt habe.

Der Minister wies indessen darauf hin, daß der Bund in allen Gesprächen erklärt habe, daß er den ICE-Anschluß des Flughafens Köln/Bonn, den ICE-Bahnhof am Flughafen sowie die Schienenanbindung von Köln und Bonn zum Flughafen nicht als Ausgleichsmaßnahme ansehe. Darüber ließe sich reden. Unverändert gelte aber: Die ICE-Flughafenanbindung sei für die Landesregierung das herausragende Projekt zur Ver-

besserung der Verkehrsinfra- sowie der Wirtschaftsstruktur in der Region Bonn.

Die ICE-Anbindung führte dann zu einer lebhaften Aussprache bei der 58. Sitzung des Hauptausschusses. Der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger beklagte, es fehle der politische Wille, eine vernünftige Anbindung zu erreichen. Der Anschluß sei wichtig für die wirtschaftliche Infrastruktur der Region Bonn mit Köln. „Was können wir noch tun?“ fragte Burger ein wenig resigniert. Es gebe keine Unterschiede parteilicher Art. Es gehe um das gemeinsame Ziel. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi als Sprecherin ihrer Fraktion im Ausschuß teilte Burgers Sorgen zum Flughafenanschluß. Frau Hieronymi, die in Bonn zu Hause ist, warf auch die Frage nach Pauschalmitteln oder einer Projektfinanzierung auf. Wahrscheinlich werde ja beides kommen. Sie schloß: „Ich hoffe es jedenfalls.“ Ihr Fraktionskollege Heinz Hardt, Parlamentarischer Geschäftsführer und CDU-Verkehrsexperte, griff die Problematik der Planfeststellung für die Hauptstrecke und die sogenannte Bogenlösung der ICE-Anbindung auf. Er wies darauf hin, daß Bundesbahn und Regierungspräsident nicht für ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren seien. Der CDU-Abgeordnete Heinz-Helmich van Schewick, ebenfalls aus Bonn, ging auf Burgers Appell ein. Er folgerte: „Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir bei der schienengebundenen Anbindung des Flughafens nicht mehr weiter wissen.“

Der Hauptausschuß faßte den Beschluß, Verkehrsausschuß und Hauptausschuß des Landtages sollten den Verkehrsausschuß des Bundestages zusammen mit dem Landes- und Bundesverkehrsminister zu einem Gespräch über die Anbindung des Köln/Bonner Flughafens an das ICE-Netz einladen.



Frauen als Gewinner am Arbeitsmarkt trotz schlechter Konjunktur? Der Präsident des Landesarbeitsamtes, Dr. Karl Pröbsting (l.), stand den Fraktionen im Ausschuß für Frauenpolitik Rede und Antwort (Ministerin Ilse Ridder-Melchers, Mitte, Vorsitzende Marie-Luise Morawietz, r., beide SPD). Foto: Schüler

Erfreuliche Zahlen vom Arbeitsmarkt

Erwerbstätige Frauen behielten den Job

Im Mittelpunkt der 39. Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 26. November 1993 unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) stand ein aktueller Bericht des Präsidenten des Landesarbeitsamtes, Dr. Karl Pröbsting, über die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in NRW. Mit seinem Besuch setzte Dr. Pröbsting die schon fast traditionelle Berichterstattung im Ausschuß durch seinen Amtsvorgänger fort.

Im siebten Jahr in Folge, so Dr. Pröbsting, sei mit 2,4 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht: Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt nunmehr bei rund 40 Prozent, ihre Erwerbsquote ist von

knapp 43 Prozent im Jahre 1980 auf 53,4 Prozent in 1992 angestiegen. Dr. Pröbsting führt das Beschäftigungsplus von fast einer halben Million Arbeitsplätzen seit Mitte der 80er Jahre auf einen „frauenfreundlichen“ Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft zurück.

„An der notwendigen Sorgfalt in der Vorbereitung unserer Entscheidungen wird der zugegebene enge Terminkalender, den wir uns für unsere Beratungen des 1. Gesetzes zur Verwaltungsstrukturreform gesetzt haben, keine Abstriche machen. Wir werden zunächst Sachverständige anhören, bevor wir in der Beratung fortfahren.“ So eröffnete der Landtagsvizepräsident und Ausschußvorsitzende Ulrich Schmidt (SPD) die Sitzung am 24. November. Mit großem Engagement verfolgten die Abgeordneten im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform das Ziel, wichtige Reformen noch in diesem Jahr unter Dach und Fach zu bringen.

Die Neuordnung der Behördenstrukturen im Bereich des technischen Umweltschutzes und des Arbeitsschutzes ist der materielle Kern des vorliegenden Gesetzesentwurfes. Einerseits soll den medienübergreifenden Anforderungen eines modernen Umweltschutzes Rechnung getragen werden, andererseits soll die Organisation des Arbeitsschutzes, die sich über den Unfallschutz hinaus in Richtung auf eine ganzheitliche, vorbeugende Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz entwickelt hat, in der Ortsinstanz verselbständigt werden. Notwendig ist darüber hinaus die Änderung des Landesorganisationsgesetzes, um der Zusammenlegung von Finanzbauverwaltung und Staatshochbauverwaltung zur Staatlichen Bauverwaltung Rechnung zu tragen. Daß gleichzeitig weitere sächliche Behördenbezeichnungen für Ministerien und Regierungspräsidenten (künftig: Bezirksregierung) eingeführt werden, ist schon fast nur noch ein selbstverständlicher Neben aspekt des Reformvorhabens.

Am härtesten rangen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Sachver-

Wichtige Reformen Verwaltungsstruktur noch dieses Jahr

ständigen um das Für und Wider der Verselbständigung des Arbeitsschutzes. Bisher werden Immissionsschutz und Arbeitsschutz unter dem gemeinsamen Dach des Gewerbeaufsichtsamtes durchgesetzt. Der Gesetzentwurf sieht hier bekanntlich die Zusammenfassung des Immissionsschutzes mit staatlichen Kompetenzen im Abfallbereich und Gewässerschutz unter dem Dach des Staatlichen Umweltamtes vor. Ziel ist hier der medienübergreifende Umweltschutz. Eine einheitliche Meinung war von den verschiedenen Sachverständigen zu diesem Thema nicht zu bekommen. Schon die beteiligten Arbeitnehmervertreter vertraten unterschiedliche Anschauungen. Während Frau Viehoff für den Deutschen Beamtenbund vortrug, daß eine Trennung von Arbeitsschutz und Immissionsschutz von den Beschäftigten abgelehnt würde, vertraten hierzu der DGB und die ÖTV den exakt gegenteiligen Standpunkt. Besonderes Gewicht verlieh Herr Bodewig vom DGB seinen Argumenten, da er nicht nur für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst spreche, sondern auch für die Adressaten des Arbeitsschutzes, die Beschäftigten in den privaten Betrieben: Der DGB setzte sich ein für einen modernen, ganzheitlichen Begriff des Arbeitsschutzes, der nicht nur die Exposition technisch bedingter Gefährdungen berücksichtigt.

Auch Frau Professor Dr. Gertrude Lübbecke-Wolf von der Universität Bielefeld, Herr Dr. Wölke von der Bundesanstalt für Arbeits-

Allerdings räumte Dr. Pröbsting in der anschließenden Diskussion ein, daß auch im Dienstleistungsbereich, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, Rationalisierungsschübe bevorstünden, die dann wieder vorwiegend Frauen treffen werden. Positiv anzumerken bleibt, daß der Beschäftigungszuwachs überproportional in qualifizierten Berufen mit Fachkraftanteilen, insbesondere im Kern der qualifizierten Dienstleistungsberufe zu verzeichnen ist. Auch der Anteil der Frauen mit betrieblichem oder schulischem Ausbildungsabschluß liegt erstmals über dem der ungelerten Kräfte. Aufgeholt haben Frauen schließlich auch im Bereich der Vollzeit-erwerbstätigen; ein Teilzeitarbeitsplatz scheint aber nach wie vor für viele Frauen – zumindest vorübergehend – die bevorzugte Erwerbsmöglichkeit darzustellen: Frauen stellen 32,7 Prozent aller Vollzeit-erwerbstätigen, aber 92,9 Prozent aller Teilzeitarbeitskräfte. Weniger stabil ist die Arbeitsmarktsituation von ausländischen Frauen; ihre Beschäftigungsquote hängt unverändert von der aktuellen Konjunktur ab.

Auch im Bereich der Arbeitslosigkeit stellt sich die Situation von Frauen momentan günstiger als die der männlichen Arbeitskräfte dar. Ihr Anteil an der Gesamt-erwerbslosigkeit betrug im Jahre 1992 44,9 Prozent, dem niedrigsten Wert seit 1985. Den Grund sah Dr. Pröbsting wieder darin, daß der Dienstleistungssektor weniger konjunkturermpfindlich sei. Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen ist mit 16,8 Prozent doppelt so hoch wie die der deutschen Frauen.

Im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen
Fortsetzung Seite 15

schutz sowie Herr Uwe Todte von der Ploenzke-Akademie vertraten zu diesem Punkt unterschiedliche Auffassungen. Während Frau Professor Dr. Lübbecke-Wolf den Reformansatz für einen modernen Umweltschutz für nicht erforderlich hält und die Folgen für den Vollzug eher kontraproduktiv sieht, traten Herr Todte und Herr Dr. Wölke aus unterschiedlicher Sichtweise für eine Verselbständigung des Arbeitsschutzes ein. Seitens der Bundesanstalt wurde insbesondere auf die EG-Rahmenrichtlinien zum Arbeitsschutz und das neue Arbeitsschutzrahmengesetz des Bundes abgehoben. Eine Beibehaltung der bisherigen Strukturen im Arbeitsschutz habe eine Überforderung der Staatlichen Aufsichtsbehörden zur Folge.

Die Unternehmensberatungsgesellschaft Ploenzke-Akademie empfahl, den Arbeitsschutz und den Immissionsschutz auch organisatorisch an den jeweiligen Zielen zu orientieren. Anders käme man nicht zu klaren und eindeutigen Verantwortungsbereichen. Aber auch Herr Todte sah, daß die unterschiedlichen Ziele der jeweiligen Schutzbereiche in einer darüberliegenden Organisationsform gebündelt werden müssen, um hier zu einer sachlich definierten Bürger-nähe zu gelangen.

Einig waren sich die Parlamentarierinnen, Parlamentarier und die Sachverständigen darin, daß die organisatorische Umsetzung eines so umfangreichen Reformvorhabens mit großer Sorgfalt und intensiver Beachtung der Sozialverträglichkeit vorgenommen werden müsse und daß nicht auf Jahre hinaus Behörden mit Organisationsfragen befaßt seien. Insoweit sah sich der Ausschußvorsitzende Ulrich Schmidt (SPD) darin bestätigt, notwendige Struktur-reformen durch zügige Entscheidungen für die notwendige Klarheit in den Beschäftigungsbehörden zu sorgen.

Vor den Haushaltsberatungen fand eine von der CDU beantragte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Ministergehälter in Brandenburg“ statt. Finanzminister Schleußer bezifferte die NRW-Leistungen an Politiker in den neuen Bundesländern auf rund eine Million Mark pro Jahr. Die CDU beantragte später, den Titel um 40 000 Mark zu kürzen. Die SPD widersprach unter Hinweis auf den Staatsvertrag, der 1995 geändert werden soll.

Allein der Bericht des Unterausschusses Personal zum Personaletat, der zuerst auf der Tagesordnung stand, umfaßte 80 Seiten. Die von Vorsitzendem Peter Bensmann (CDU) vorgetragenen einstimmig beschlossenen Änderungen wurden vereinbarungsgemäß auch vom Gesamtausschuß angenommen.

Bei den einzelplanübergreifenden Änderungsanträgen überraschte die F.D.P. mit einer neuen Wortschöpfung: Als „qualifizierte Minderausgabe“ möchte sie eine Milliarde Mark einsparen, die Hälfte davon global in allen Ressorts außer: Innen, Justiz, Kultus und Wissenschaft. Eine weitere Milliarde Mark will sie durch den Verkauf von Landesbeteiligungen erwirtschaften und dafür die Schuldenneuaufnahme um zwei Milliarden Mark senken.

Finanzminister Schleußer bekundete gewisse Sympathie dafür, hielt die Umsetzung aber für unrealistisch.

Auch die CDU schlug etwas Neues vor. Ihr finanzpolitischer Sprecher Hartmut Schauerte beantragte eine „differenzierte Nullrunde“ bei den nächsten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Mark, und zwar als Nullrunde für die oberen Gehaltsgruppen und mit Zuwächsen als Inflationsausgleich nur für die unteren Besoldungsgruppen. Außerdem wollte die CDU noch 749 Millionen Mark als weitere globale Minderausgaben erwirtschaften sowie den Verstärkungstitel für die Öffentlichkeitsarbeit aller Ressorts in Höhe von zehn Millionen Mark streichen. Bei den Einnahmen sollten 68 Millionen Mark durch Auflösung der Sonderrücklage bei der WestLB ausgebracht werden. Weitere Vorschläge der CDU zielten auf die schuldenminimierende Bewirtschaftung des Landesvermögens.

Auch von der GRÜNEN-Fraktion waren Änderungsanträge eingegangen. 500 Millionen Mark Erlös aus dem Verkauf von WestLB-Anteilen sollen den Kommunen für Arbeitslose zugewiesen werden. In allen Ministerien

Sitzungsmarathon im Haushaltsausschuß

Sechzehn Millionen titelscharf umgeschichtet

Fast sechs Stunden lang berieten die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses am 2. Dezember, um Sachzwänge mit vorhandenen Mitteln im Landeshaushalt 1994 in Einklang zu bringen. In 42 Berichten hatten die Fachausschüsse des Landtags Änderungen des Entwurfs des Finanzministers empfohlen, denen nur teilweise gefolgt wurde. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) wünschte sich gleich eingangs im Hinblick auf die nächsten Jahre „weniger Papier“ und mehr richtungweisende Beschlüsse zur Eindämmung des Haushaltsvolumens. Insgesamt schichtete der Ausschuß durch Anträge der SPD-Fraktion ein Volumen von 15,7 Millionen Mark um und beantragte Erhöhungen um fast fünf Millionen Mark. Zur dritten Lesung am 10. Dezember brachten die Fraktionen erneut Änderungsanträge ein.

sollen Frauenreferate eingerichtet werden und weibliche Beschäftigte unterer Lohngruppen mehr Fortbildung erhalten. Die Grünen-Anträge wurden einstimmig abgelehnt. Die SPD beantragte entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses für Kommunalpolitik höhere Mittel für Übungsleiter, Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber und Abwassergebühren (siehe vorige Ausgabe).

Beim Einzelplan 01 — Landtag — wurden Mehrausgaben in Höhe von 15 Millionen Mark bewilligt, unter anderem für Untersuchungsausschüsse und Reisekosten für die Mitgliedschaft im Ausschuß der Regionen Europas. Die Verwaltung wurde intensiv nach den Kosten für eine Kulturveranstaltung im Herbst befragt.

Die CDU und teilweise auch die Grünen wollten bei Verfügungsmitteln des Ministerpräsidenten, beim Landespresseamt, bei Repräsentation, bei Entwicklungszusammenarbeit, beim EG-Gipfel in Essen, beim Filmfestival Köln und beim Wissenschaftszentrum NRW kürzen. Die Anträge beider Fraktionen wurden abgelehnt, der Einzelplan 02 mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. angenommen. Beim Einzelplan 03 — Innenminister — stimmte der Haushaltsausschuß dem von der SPD beantragten Mehrbetrag von 1,5 Millionen Mark für die Umwandlung von Stellen des mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst der Geburtsjahrgänge 1938 bis 1940 zu.

Im Einzelplan 05 — Kultusminister — gab es durch 30 angenommene SPD-Anträge aus fünf Fachausschüssen zahlreiche Änderungen, die sich allerdings nur auf einen geringen Teil des Kultus-Gesamtvolumens von 14 256 Millionen Mark beziehen. Auch die Kultur- und Schulpolitiker der CDU und der Grünen stellten zahlreiche Anträge, um bestimmte Akzente zu setzen. In der Sitzung am 2. Dezember kam noch einmal die Lehrer-Schüler-Relation bei der integrativen Beschulung Behinderter und Nichtbehinderter in der Sekundarstufe I zur Sprache. CDU-Abgeordnete hatten sich um eine integrative Beschulung in Aachen bemüht.

Beim Einzelplan 06 — Wissenschaft und For-

schung — mit Gesamtausgaben von 7744 Millionen Mark beantragte die SPD, 25 Schreibkräfte aus dem Hochschulbereich nicht „künftig wegfallen“ zu lassen, sondern „künftig umzusetzen“ an die Fachhochschulen. Für ungerecht hielt die SPD auch die dort geringeren Stundensätze für studentische Hilfskräfte und erhöhte im Einvernehmen mit der Opposition die Titel entsprechend.

Beim Einzelplan 07 — Arbeit/Gesundheit/Soziales — wies Reinhold Trinius (SPD) auf die umfangreichste Änderung, nämlich die erhöhten Zuweisungen an Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe hin. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erläuterte ein Bündel von Anträgen seiner Fraktion zur Ausländerintegration hin, die jedoch sämtlich abgelehnt wurden. Zum Einzelplan 07 gab es die meisten Änderungsanträge.

Beim Einzelplan 08 — Wirtschaft/Mittelstand/Technologie — nahm der Haushaltsausschuß einen aktuellen Änderungsantrag der F.D.P. einstimmig an: Der Ansatz für den „Förderbaustein Gründung und Wachstum“ darf auch „für Binnenschiffer“ verwendet werden. Die ausführliche, von CDU-Sprecher Hartmut Schauerte angeregte Diskussion über die neue Haushaltsstelle für Grundstückserwerb beendete der Ausschuß mit einem Berichtersuchen an die Landesregierung noch zur dritten Lesung über haushaltsrechtliche Probleme bei der Handhabung des Grundstücksfonds.

Bei der von Karl Wegener (CDU) eröffneten Aussprache über gesperrte Abschlagszahlungen an die Wasserwirtschaft ergab sich weiterer Abstimmungsbedarf.

Bereits drei Tage später, rechtzeitig zur Plenarwoche mit zweiter und dritter Lesung, lagen den Abgeordneten die überarbeiteten Einzelpläne mit allen Änderungen und auch den abgelehnten Anträgen vor, die in Wochenendarbeit von Ausschußassistent Hans Lauf mit Hilfe des Finanzministeriums und der Hausdruckerei erstellt wurden. Für das hohe Maß an Transparenz bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im NRW-Landtag bedankte sich Vorsitzender Dautzenberg im Namen des gesamten Ausschusses.



Sie brachten die Gestaltungswünsche der Fraktionen im Haushalt 1994 über die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Hürden, v.l.: Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) und Hans Lauf (Ausschußassistent). Reinhold Trinius (SPD) nannte Gründe, warum Oppositionsanträge nicht angenommen wurden; Hartmut Schauerte (CDU) befaßte sich eingehend mit dem Landesvermögen; Rudolf Wickel (F.D.P.) setzte einen Verwendungszweck für Binnenschiffer durch; Dr. Manfred Busch (GRÜNE) wollte dreistellige Millionensummen umschichten.

Fotos: Schüler

Verkehrsausschuß auf Zukunftspfaden II Wasserstoff-Technologie: nicht serienreif

Bei süddeutschen Automobilherstellern informierte sich der Verkehrsausschuß über neue Technologien. In München wurde auf die absehbare Verschärfung der Abgasgesetzgebung in den bedeutenden Automobilmärkten der Welt hingewiesen. So müsse in den USA ab 1998 ein Teil der verkauften Automobile völlig ohne direkte Abgasemission betrieben werden können. (Fortsetzung des Berichts aus der vorigen Ausgabe)

Da Mobilität eine Grundvoraussetzung für das Leben und Wirtschaften in entwickelten Gesellschaften sei, müsse mit weiter steigender Nachfrage nach Verkehrsleistungen gerechnet werden. Im einzelnen wurden die Mitglieder des Verkehrsausschusses über die Arbeiten bei BMW zum Thema Verkehrsmanagement zur Erhaltung der Mobilität, über alternative Antriebsenergien für den zukünftigen Automobilverkehr, zum BMW-Recyclingkonzept und schließlich zum Automobil im wirtschaftlichen Umfeld ausführlich informiert.

Beim Automobil-Recycling können nach Einschätzung von BMW mittelfristig über 90 Prozent des Altfahzeuggewichtes wiederverwendet werden. Die Rahmenbedingungen dafür müßten aber in enger Zusammenarbeit von Industrie, Wirtschaft, Gesetzgeber und Behörden entstehen. Recycling wird als vielversprechender Weg zur Ressourcenschonung angesehen. Ausgehend von den Erfahrungen in den 60er Jahren mit der Aufbereitung von Austauschteilen wird heute mit der Pilot-Demontageanlage in Landshut ein weiterer Schritt in Richtung eines umfassenden Recyclings von Auto-

In Teilmärkten würden Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen ihren berechtigten Einsatz finden. In erster Linie aber sollte Biomasse die fossilen Energieträger in stationären Anlagen ersetzen. Für den Einsatz im Automobil blieben Kraftstoffe aus Mineralöl nach dem heutigen Stand der Technik auch langfristig erste Wahl. Sie sollten deshalb nach Auffassung von BMW für diesen Einsatzbereich soweit wie möglich reserviert bleiben.

Was den Einsatz von Wasserstoff angeht, so enden auch hier die Prognosen noch derzeit mit der Einschätzung: wenig serienreif. Denn auf absehbare Zeit werden heutige Kraftstoffe noch erheblich billiger sein als mit Solarenergie produzierter Wasserstoff. Trotz allem sei eine frühzeitige und kontinuierliche Entwicklung der erforderlichen Technologien notwendig, damit rechtzeitig ausgeiferte, alltagstaugliche und ausreichend wirtschaftliche Systeme zur Verfügung stehen könnten. Es gebe viel zu tun an allen Stationen der Energiekette – von der Solarenergie bis hin zur Verteilung und Verwendung des Wasserstoffs. BMW werde wie andere Automobilhersteller auch in Zukunft die Er-



Hans Jaax (SPD, I), Vorsitzender des Verkehrsausschusses, freute sich als Abgeordneter aus Troisdorf (Rhein-Sieg-Kreis), als er beim Ausschlußbesuch in Stuttgart am Adenauer-Mercedes das Kennzeichen „SU“ entdeckte: Auch des ersten deutschen Kanzlers Wohnort Bad Honnef liegt in diesem Kreis, der Bonn umschließt (r.: Karl Böse, SPD-Verkehrsexperte). Foto: Spickermann

bilen getan, womit sich das Unternehmen auch in Zukunft an der Entwicklung fortschrittlicher Recycling-Technologien beteiligen will.

Der Einsatz von Biokraftstoffen wird kritisch beurteilt. So ist die Nutzung von Biomasse grundsätzlich aufwendiger als die Herstellung von Kraftstoffen aus fossilen Rohstoffen: Wenn überhaupt möglich, müßten riesige Flächen angebaut werden. Meist fielen erhebliche Mengen von Pflanzen, Neben- und Reststoffen zum Transport, zur Verarbeitung und Entsorgung an. Die Veredelungsverfahren seien oft sehr umfangreich, häufig fehle dafür die Infrastruktur.

forschung und Entwicklung der Wasserstofftechnologie mit großem Engagement vorantreiben. Denn eines sei sicher: Die heutigen fossilen Energieträger würden irgendwann verbraucht sein. Innerhalb eines globalen Energiekonzeptes sei Wasserstoff dann eine der möglichen Optionen. Insbesondere das Einbinden von sonnenreichen Ländern in die Wasserstoffherzeugung würde diesen die Chance bieten, sich an der globalen Energieerzeugung zu beteiligen. Aber bis solche und andere kühne Visionen Realität würden, seien noch viele Jahre geduldiger wie intensiver Forschungs- und Entwicklungsarbeit nötig.

Frauenausschuß:

Geschlechtsneutrale Hundesteuer-Satzung

Im Ausschuß für Frauenpolitik sorgte am 26. November der CDU-Abgeordnete Karl Nagel mit der „geschlechtsneutralen“ Hundesteuer-Satzung in seiner Heimat Borken für Heiterkeit. „Landtag intern“ fand weitere Sprachschöpfungen bei der juristischen Regelung des Umgangs mit dem Tier: „abstrakt gefährliche Hunderassen“ und „Taubenregulanz“.

Nach dem gut einstündigen Ausschußgespräch mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamts meldete sich der Abgeordnete Karl Nagel zu Wort und zitierte mit dem Einverständnis der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) aus der Zeitung seiner Heimatstadt Borken: Anlässlich der Erhöhung der Hundesteuer hatte die Vorsitzende des Arbeitskreises für die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Stadtverordnetenversammlung geschlechtsneutrale Bezeichnungen für die neue Satzung verlangt. Die Stadträte, nach Diskussionen über die Reichweite des Bellens und über Binnenschiffer auf der Bocholter Aa als steuerbefreite Herren von Bordhunden ohnehin schon heiter gestimmt, brachen in schallendes Gelächter aus und fragten, in welcher Satzung von nun an jeweils von „Schutzhündin“ und „Schutzhund“ gesprochen werden solle. Nein! Hundehalterin und Hundehalter soll es heißen!

Die Grünen-Sprecherin Martsch setzte noch eins drauf und zitierte, so las Nagel vor, eine Steuerermäßigung, „wenn der Hund ihm (dem Hundehalter) durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist.“

Vom Frauenausschuß so auf den sprachlichen Umgang des Menschen mit dem Tier durch Verwaltung und Justiz aufmerksam geworden, wurde „Landtag intern“ weiter fündig. In Bremen mußte das Oberverwaltungsgericht sich mit „abstrakt gefährlichen Hunderassen“ beschäftigen. „Kampfhunde müssen in der Öffentlichkeit von einer Aufsichtsfähigen Person sicher an kurzer Leine bei Fuß geführt werden und einen beißsicheren Maulkorb tragen“, wurde der Polizei aufgetragen. Als Kampfhunde waren in der Verordnung aufgezählt: Bullterrier, Pitbullterrier, Mastino Napoletano, Fila Brasileiro, Bordeaux Dogge undsoweiter sowie „Kreuzungen mit diesen Hunden wie der sogenannte Bandog“.

Das Gericht erklärte die Aufzählung für unzulässig: Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Aus der gesamten Gruppe „abstrakt gefährlicher Hunde“ dürften nicht einige Hunderassen herausgegriffen werden. Auch die Deutsche Dogge, der Rottweiler und der Boxer „sind abstrakt gefährlich“, ebenso Schäferhund und Dobermann. Das „Kampfhund-Image“ reiche, auch nach Erkenntnissen der Hundepsychologie, nicht aus, meinte das Gericht.

„Rechtliche Probleme um die Stadttaube“ behandelte mit deutscher Gründlichkeit der Saarbrücker Dezernent für Recht und Ordnung: „Stadttauben sind entflozene Haus- tauben und damit herrenlos. Sie sind freilebend, aber nicht wildelebend“ und dürfen deshalb nicht wie Jagdwild abgeschossen werden. (wird fortgesetzt)

Erwerbstätige ...

Fortsetzung von Seite 12

an der Arbeitsförderung und -vermittlung, habe bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Abstand verringert werden können. Auch die Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat nach den Ausführungen von Dr. Pröbsting deutliche Positionverbesserungen für junge Frauen mit sich gebracht: Im Gegensatz zu den 80er Jahren entspräche ihr Anteil an den Ausbildungsstellensuchenden mittlerweile dem Anteil an Schülertlassenen. Bemerkbar sei eine stärkere Abtrennung vom dualen Ausbildungssystem hin zur schulischen Ausbildung. Unter den zehn gefragtesten Ausbildungsberufen seien drei schulische, nämlich Krankenschwester, Erzieherin und Altenpflegerin. „Fest in weiblicher Hand“ seien bestimmte Berufe im gewerblich-technischen Bereich; über 50 Prozent liegt der Anteil von Frauen beispielsweise in Berufen Augenoptikerin, Konditorin, Zahntechnikerin, Bauzeichnerin, Schrittzetzerin.

Die Feststellung „Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist weiblich“ muß nach Auffassung von Brigitta Heemann (SPD) insoweit in Frage gestellt werden, als auch im Dienstleistungsbereich offenbar Rationalisierungsmaßnahmen bevorstünden, von denen dann wiederum Frauen betroffen seien. Nach Auffassung von Anne Garbe (SPD) sei auch zu befürchten, daß sich durch die Schwierigkeiten für Männer auf dem aktuellen Arbeitsmarkt auch die Chancen von Frauen verschlechtern, weil die Konkurrenz um Arbeitsplätze höher sei. Heidi Berger (SPD) wies darauf hin, daß Frauen schneller in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abwandern oder sogar ganz aus dem Berufsleben heraustreten.

Auf Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Grünen, wirkte der Bericht zu positiv. Sie vermutete, daß Frauen im Ruhrgebiet traditionell eher in den untergeordneten Bereichen beschäftigt und schon vorher stark benachteiligt worden seien. Auch mache der Vergleich der Zahlen deutlich, daß weibliche Arbeitskräfte, gemessen an ihrer Erwerbsquote, überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen seien.

Dr. Pröbsting bestätigte die Vermutung von Jürgen Jentsch (SPD), daß die Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit den Betrieben Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte in Niedriglohngruppen durchführten, weil gerade diese Beschäftigungsgruppen am ehesten wegrationalisiert würden. Marie-Luise Woldering (stellvertretende Ausschußvorsitzende, CDU) sprach sich für den Ausbau von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten im Interesse von Frauen und Familien aus. Nach Auffassung von Dr. Pröbsting müsse Teilzeitarbeit grundsätzlich in allen Bereichen möglich sein. Die Praxis zeige, daß die Vorbehalte gegen Teilzeitarbeit — vermutlich wegen der höheren Organisationsanforderungen — besonders im mittleren Management bestünden.

Auf eine Nachfrage der frauenpolitischen Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Wittler-Koch, wie er die Privatisierung der Arbeitsvermittlung bewerte, räumte Dr. Pröbsting ein, daß eine private Konkurrenz durchaus „belebend und innovationsfördernd“ in den eigenen Reihen wirken könne. Ruth-Wittler-Koch wies ferner darauf hin, daß viele Gleichstellungsstellen mit der angebotenen Berufsberatung eigentlich eine Aufgabe der Arbeitsämter übernehmen, was

Grubenausschuß bei Hemscheidt/Wuppertal Bergbauzulieferer setzt auf Export

Über sicherheitliche und ergonomische Aspekte bei der Entwicklung und beim Einsatz von Bergwerksmaschinen informierte sich der Ausschuß für Grubensicherheit am 3. Dezember unter Leitung von Helmut Marmulla (SPD) beim Bergbau-Zulieferer-Betrieb Hemscheidt in Wuppertal.

Firmeninhaber Alexander Hemscheidt stellte das mittelständische Unternehmen als größten Exporteur für den Strebaubau vor. Nach dem Schrumpfen des deutschen Steinkohle-Absatzes, der für Hemscheidt in den letzten Jahren mit einem Personalabbau von 1100 auf heute 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden war, setzt die Firma vor allem auf den US-Markt und hofft auf weitere Chancen in Australien und Südafrika sowie in China. „Wir konzentrieren uns aufs Ausland“, sagte Hemscheidt nach schockierenden Inlandsentwicklungen wie bei der Ruhrkohle, die sich an keine Lieferzusagen mehr gebunden fühle und gesunde, traditionsreiche Zulieferfirmen wegen geringer Kostenvorteile durch neue Wettbewerber im Stich lasse. 1994 würden 80 bis 90 Prozent der Fertigung exportiert. Besonders auf Hydraulik und Elektronik ist der Wuppertaler Familienbetrieb spezialisiert. Dadurch habe sich ein ganz neuer Markt entwickelt, zum Beispiel Federungssysteme für Großfahrzeuge. Unter anderem sorgt das Mittelgelenk für einen neuen Stadtbus, der von einem süddeutschen Hersteller in drei Jahren auf den Markt kommt, heute für Beschäftigung. Beim Schweriner Tochterunternehmen (300 Beschäftigte) verhilft eine geniale Idee für die intelligente Konstruktion von Spritzgießmaschinen zu weiteren Einstellungen.

Der Landesregierung sprach der Wuppertaler Unternehmer ein Lob für flexible und kluge Hilfestellung bei schwierigen Exporten wie nach Osteuropa oder China aus. Er regte an, Gesprächskreise für deutsche Exporteure zu gründen, um gemeinsam in

einem schwierigen Markt anzubieten. Sehr anerkennend erwähnte er auch die Einsatzbereitschaft der Beamten beim Staatlichen Materialprüfungsamt, das privatisiert werden soll. Dessen „brutale Sicherheitsprüfungen“ seien für den Export nötig und könnten von der Wirtschaft selbst nicht geleistet werden.

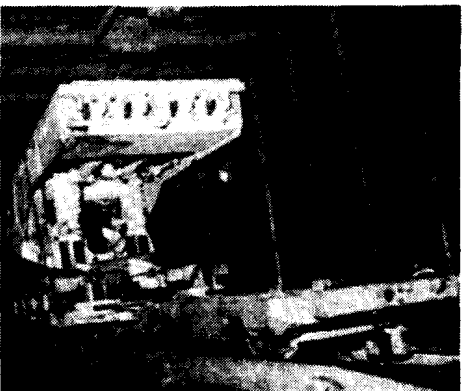
Im Film und anschließend beim Gang durch die Produktion wurde den Abgeordneten die Hydraulik-Steuerung als wichtigste Voraussetzung für den elektronischen Schildvortrieb anschaulich vorgeführt. Strebausrüstungen der Firma Hemscheidt sind weltweit im Bergbau im Einsatz. Ständig werden die Schilder weiterentwickelt und unterschiedlichen Flözgegebenheiten angepaßt, zum Beispiel einem lockeren Liegenden.

Schon immer sei es Ziel gewesen, möglichst alles selbst herzustellen, berichtete der Unternehmer und erläuterte Meß- und Prüfsysteme für die Qualitätssicherung bei Ventilen, Kabeln und elektronischen Bauteilen. Im Angebot befindet sich auch ein komplettes Programm der Wasserhydraulik.

Eine lebhaft ausgeführte Aussprache schloß sich an, die immer wieder in die Sorge um die Zukunft der deutschen Steinkohlenbergbau, das wurde den Bergbaufreunden aus dem Landtag, der Gewerkschaft und vom Landesoberbergamt (dabei der kürzlich verabschiedete frühere Präsident Schelter und sein Nachfolger im Amt Fornelli), deutlich, bedeute nicht nur den Verzicht auf eine nationale Energiereserve, sondern auch den Verlust der Spezialistenrolle für die Produktion von Spitzentechnik für den Untertage-Einsatz auf dem Weltmarkt. Kritische Worte fielen zu den jetzt um sich greifenden „Wildwest-Methoden“ beim Kampf um Absatzmärkte, auch im Hinblick auf das Aufweichen bewährter deutscher Sicherheitsnormen. Vorsitzender Marmulla sprach aus, was alle hoffen: Sicherheit im internationalen Bergbau als Gebot der Stunde.



Trotz 14 Tonnen Gewicht bewegt sich der elektronisch gesteuerte Riese unter Tage als kluger Roboter in schwierigem Gebirge: Schildmontage für Strebaubau vor fünfzehn Jahren und Schild-Einfahren im Streb.



unter Umständen zur Überlastung der Stellen führen könnte. Hierzu erläuterte Dr. Pröbsting, daß die Berufsberatung ausschließlich eine Arbeit von „Profis“ sein sollte; im übrigen zielen die Beratung durch die Gleichstellungsstellen eher in Richtung „Lebenswegplanung“. Das von Marita Rauterkus (SPD) angesprochene EG-Programm ZIEL 4 (Qualifikation in „Krisenregionen“) wurde von Dr. Pröbsting begrüßt; hier werde

sich das Landesarbeitsamt auf jeden Fall einbringen. Im Zusammenhang mit Wiedereingliederungsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen merkte Helga Gießelmann (SPD) an, daß die 30prozentige Eigenbeteiligung an den Kosten entsprechender Kurse gerade für Frauen eine erhebliche Belastung darstellten; problematisch sei zudem für Frauen mit Kindern, daß einige Teilzeitkurse über die Mittagszeit hinausgingen.

Leser schreiben...*

Abwasser

(„Landtag intern“ Nr. 20/1993, 2. Lesung des Antrages „Abwasserbehandlung in Kleinkläranlagen“)

In dem Bericht von der 2. Lesung des Antrages „Abwasserbehandlung in Kleinkläranlagen“ in der Ausgabe 20/93 ist Ihnen wohl wegen der gerafften Wiedergabe ein Fehler unterlaufen, der sich auch in der Überschrift ausdrückt.

Richtig ist, daß nach Paragraph 7a Wasserhaushaltsgesetz Abwasserbehandlungsanlagen, dazu gehören auch Kleinkläranlagen, den „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ entsprechen müssen und nicht dem „Stand der Technik“.

Von „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ spricht man, wenn sie in der praktischen Anwendung erprobt sind und von den einschlägigen Fachkreisen (insbesondere von denjenigen, die Anlagen planen, entwickeln, bauen, betreiben, begutachten, prüfen, genehmigen oder überwachen) für richtig gehalten werden.

„Stand der Technik“ ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme zur Begrenzung von Emissionen gesichert erscheinen läßt.

Der Unterschied zwischen beiden Normen ist gewaltig. Den Stand der Technik für die Abwasserreinigung einzuführen, würde allein in NRW die zusätzliche Investition einer hohen Milliardensumme erforderlich machen.

Kleinkläranlagen könnten nie dem Stand der Technik entsprechen. Kleinkläranlagen, die auch nur im baulichen Außenbereich zugelassen werden dürfen, entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, wenn Bau und Betrieb nach der DIN 4261 erfolgt. Diese Rechtsnorm gilt schon seit 1979. Ob sie überall befolgt wird, muß bezweifelt werden. Es ist Aufgabe der Kommunen, sicherzustellen, daß sie überall eingehalten wird.

(* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Petitionerfolg:

Großfamilie darf eher bauen

Nicht mehr auszuhalten war es für die Familie einer Petentin in ihrer 80 Quadratmeter großen Wohnung. Der Platz reichte für die sechsköpfige Familie hinten und vorne nicht. Es gab weder Keller noch Dachboden noch Garage.

Aufgrund der Feuchtigkeit der Wohnung waren zwei der Kinder bereits allergisch erkrankt. Die Suche nach einer größeren Wohnung war entweder an der Kinderzahl oder an zu hohen Mieten gescheitert.

In dieser Situation entschloß sich die Familie, ein eigenes Heim zu bauen. Es sollte ein einfaches Haus ohne Extras werden. Dennoch war dieser Traum ohne Förderung mit öffentlichen Mitteln nicht zu verwirklichen. Das Grundstück wurde von der Stadt erwor-

Ohne Bürgernähe kommt Politik nicht aus

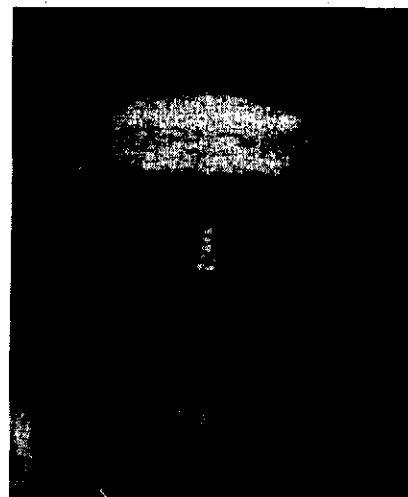
Hans Wagner †

Der Oberhausener CDU-Landtagsabgeordnete Hans Wagner ist an den Folgen einer schweren Krankheit gestorben. In einem Nachruf gibt die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Ingeborg Friebe, der Betroffenheit des gesamten Parlaments Ausdruck. Der Nachruf hat folgenden Wortlaut:

„Mit großer Trauer und tiefem Schmerz erfüllt die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom plötzlichen Tod ihres Kollegen Hans Wagner, der am Montag, dem 29. November 1993, im Alter von 59 Jahren in Oberhausen verstorben ist. Hans Wagner gehörte dem Landtag von 1970 bis 1975 und danach wiederum seit 1976 an.

Das Hauptanliegen seiner politischen Arbeit war über all die Jahre hinweg die Kommunalpolitik. Bereits 1961 wurde er in den Rat der Stadt Oberhausen gewählt, und er war über viele Jahre hinweg Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion seiner Heimatstadt. So galt denn auch sein besonderes Engagement im Landtag der Arbeit im Ausschuß für Kommunalpolitik, dessen Vorsitzender er von 1985 bis 1990 war. Von 1980 bis 1985 gehörte er als Mitglied des Justizausschusses der Kommission für das Vollzugswesen an und nahm gleichzeitig die Position des Beauftragten für das Vollzugswesen wahr.

Markenzeichen seines politischen Handelns war eine Politik der Bürgernähe, weil ihm immer klar war, daß Politik ohne Bür-

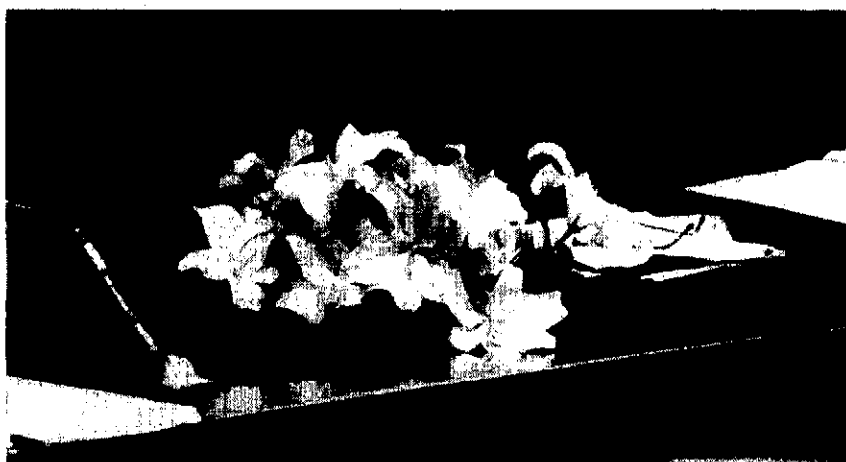


Hans Wagner (CDU)

gernähe nicht auskommt. Sein Einsatz für die parlamentarische Demokratie war für viele beispielhaft, sein Fleiß und Engagement ein Vorbild für alle. Hans Wagner war weit über die Parteigrenzen hinaus ein beliebter und geschätzter Kollege.

Hans Wagner verstand sich als ein Politiker, der sich besonders für die Arbeitnehmer einsetzte. Er gehörte seit 1986 dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalen an und war gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes der CDA.

Unser Mitgefühl gehört seiner Familie. Wir werden Hans Wagner ein ehrendes Gedenken bewahren.“



„Wir danken Hans Wagner für sein großes Engagement für unser Land. Seinen frühen Tod bedauern wir zutiefst. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.“ Mit diesen Worten nahm Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe im Plenum Abschied von dem verstorbenen Kollegen. An Hans Wagner erinnerte ein Blumengesteck auf seinem Abgeordnetenpult.

Foto: Schüler

ben, der Förderungsantrag im August 1993 gestellt, im Februar 1994 sollte mit dem Bau begonnen werden.

Nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen darf mit dem Bauvorhaben jedoch erst nach Erteilung des Bewilligungsbescheides begonnen werden.

Als die Petentin erfuhr, daß eine Mittelbewilligung im Jahre 1993 nicht mehr möglich sei, wandte sie sich mit der Bitte um Hilfe an den Petitionsausschuß.

Dem Antrag auf vorzeitige Bewilligung der Wohnungsbauförderungsmittel konnte lei-

der nicht entsprechen werden. Aufgrund der allgemeinen Finanzsituation konnten im Haushaltsjahr 1993 nur diejenigen Anträge berücksichtigt werden, die bis zum 31. Dezember 1992 eingegangen waren.

Der Familie der Petentin konnte jedoch insoweit geholfen werden, als mit dem Bauvorhaben begonnen werden durfte. Im Hinblick auf die besondere Dringlichkeit durch die akute Gesundheitsgefährdung der Kinder wurde ausnahmsweise in den vorzeitigen Baubeginn vor Erteilung des Bewilligungsbescheides eingewilligt.

Literatur

Zeitgeschichte bis an die Wurzeln aufgezeigt

Erstes Lexikon der Staatlichen Archive zur NRW-Landesgeschichte

„Es scheint auf den ersten Blick ein ungewöhnliches Unterfangen zu sein, die Geschichte eines Landes zu schreiben, das nicht einmal 50 Jahre alt ist. Aber die Autoren dieses ersten Lexikons zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens wären schlechte Historiker, würden sie Nordrhein-Westfalen erst mit seiner Gründung im Jahre 1946 beginnen lassen. Entstanden ist ein Werk, das die politischen und kulturellen Wurzeln Nordrhein-Westfalens ebenso aufzeigt wie die Zeitgeschichte.“ Mit diesen Worten hat Kultusminister Hans Schwier das erste Lexikon zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens vorgestellt. Der Minister verweist in seinem Statement nicht ohne Grund auf die Wurzeln. Denn das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen, das durch die Unterschrift britischen Militärs gleichsam in die politische Geographie hineinversetzt wurde, hat es nicht so leicht wie etwa das heutige Bundesland Bayern, das bereits als Königtum denselben geschlossenen Raum umfaßte und eine durchgängige Geschichte aufweist. Noch immer ist die Ungewißheit nicht gänzlich ausgeräumt, auf wie stabilen historischen Beinen das Staatsgebilde Nordrhein-Westfalen steht.

Stichwort „Landtag“

Herausgeber und Redaktion des opulenten Bandes werfen denn auch die Frage auf, inwieweit die Vorgeschichte für die drei Landesteile Nordrhein, Westfalen und Lippe eine gemeinsame ist. Sie gehen noch weiter, indem sie darauf hinweisen, auch eine an den heutigen Landesgrenzen orientierte historische Gesamtdarstellung könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Rheinland und Westfalen, von Lippe ganz zu schweigen, selbst nach ihrer Eingliederung in den preußischen Staatsverband 1815 getrennte Verwaltungseinheiten gewesen seien. Jeder historische Sachverhalt müsse daher daraufhin überprüft werden, ob die Bindestriche zwischen Rheinland, Westfa-

len und Lippe Verbindendes oder Trennendes symbolisierten.

130 Archivare, Historiker und Politikwissenschaftler haben sich auf diese Konzeption eingelassen und in 172 Stichwortartikeln die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte aufgeschrieben. Das beeindruckende Nachschlagewerk, herausgegeben von den staatlichen Archiven des Landes Nordrhein-Westfalen, redigiert von Anselm Faust unter Mitarbeit von Norbert Andernach und Dieter Lück, beginnt mit dem Stichwort „Agendenstreit“ und endet mit „Zweiter Weltkrieg“. Dazwischen erschließt sich dem fragenden Leser ein breites Spektrum an Information und Interpretation. Es umfaßt so konträre Themenbereiche wie Bekennende Kirche oder Bildende Kunst, Föderalismus oder Franzosenzeit, Konzentrationslager oder Kulturkampf, Polen im Ruhrgebiet oder Preußen, Schützenvereine oder Stadtentwicklung, Textilindustrie oder Theater, Westwall oder Wiedertäufer, um nur einige unter Verzicht auf Systematik herauszugreifen.

Auch ein Abriss der Geschichte des Landtages und damit des bald fünfzigjährigen, aber immer noch jungen Parlamentarismus des

Landes ist aufgezeichnet. Beim Stichwort „Landtag“ ist zu erfahren, daß unter den politischen Persönlichkeiten der Ernennungsperiode bzw. der ersten Wahlperiode sieben Männer und eine Frau waren, die bereits im Reichstag einen Platz eingenommen hatten, sowie 16 Abgeordnete, die in einer der Landtage der Weimarer Zeit gewählt worden waren. So hat es im personellen Bereich eine gewisse demokratische Kontinuität gegeben. Männliche und weibliche Nutzer des Lexikons können ferner zur Kenntnis nehmen, daß die Frauenquote in den ersten parlamentarischen Versammlungen nach dem Krieg äußerst gering war, sich aber heute immer noch in Grenzen hält, und „der Landtag das Ideal, in seiner Zusammensetzung ein Spiegelbild gesellschaftlicher Differenzierung zu sein, nie hat erreichen können“, so der Autor dieses Textteiles, Hein Hoebink, der in seinem kritisch-analytischen Beitrag auch die Entschädigungen der Abgeordneten von 1950 bis 1993 auflistet. Selbst die Zeitschrift „Landtag intern“ wird erklärend unter der Begriffsbestimmung „eigene parlamentarische Akzente“ angeführt.

Ein ausführliches lexikalisches Werk, das nicht auf Kurzformen fixiert sein will: Wer politisch tätig ist, in Verwaltungen Politik umzusetzen hat, in Hochschulen politisches und historisches Wissen vermittelt, in Schulen schon einmal versucht, die mehr plakative Forderung „Wir in Nordrhein-Westfalen“ für junge Leute faßbar zu thematisieren, wer mit Kunst und Kultur zu tun hat, kurz jedermann und jede Frau können auf dieses Buch zurückgreifen. Zudem ist der voluminöse Ratgeber noch reich und zum Teil auch farbig bebildert. Anfänglich lohnt es sich deshalb, einfach mal zu blättern. Irgendwo macht sich das Interesse dann von selbst fest.

Eckhard Hohlwein

Geld und Kultur

Deutschland ist reich. Wir müssen uns darauf besinnen, daß ein Land ohne Kultur nicht leben kann. Wir sind aufgerufen, Antwort zu geben auf das Angebot und die Hingabe der Künstler. Gute Zeiten für Kultur, Geld für Kunst gab es nie. Aber es gab immer Zeiten, in denen den Menschen deutlich wurde: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Hildegard Matthäus (CDU), Vorsitzende des Kulturausschusses des Landtags bei der Eröffnung der Großen Kunstaustellung in Düsseldorf.

(Nordrhein-Westfalen, *Landesgeschichte im Lexikon*, Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Patmos Verlag GmbH Düsseldorf, 1993, 504 Seiten, 49,80 Mark)

Wissenschaften ...

Fortsetzung von Seite 10

ratorium der Akademie die Landesregierung vertreten sei, wollte der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschöeltsch wissen, ob die Regelung nicht auf Parlamentarier ausgeweitet werden könne. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi stellte die Frage, inwieweit der von Korte so benannte „Souverän“, das Parlament, den Leistungen der Akademie einen Rahmen geben könne. Sie wollte ferner wissen, wie die beiden Säulen Grundlagenforschung und angewandte Forschung erkennbar verbunden werden könnten. Ihr Fraktionskollege Heinz Hardt hatte Zweifel, daß die Akademie „die Insel Nordrhein-Westfalens“ bleiben könne. „Wie kommen Wissenschaft und Management

zusammen?“ Grüne-Sprecherin Bärbel Höhn merkte an, ihr sei aufgefallen, daß man außerordentlich wenig Frauen in der Akademie habe. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig beklagte, was an Wissenschaft in die Politik überkomme, sei oft sehr schwer verständlich. Er habe den Eindruck, daß sich die Wissenschaft immer weniger in die Politik einmische. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow konnte sich vorstellen, daß die Fachausschüsse des Landtags gerne Akademie-Mitglieder zu Vorträgen bitten würden.

Professor Korte stellte in seiner Antwort die Beobachtungen der Politiker nicht in Frage. Er bat um Zeit zur Anpassung. Große Hoffnungen setzte er auf junge Wissenschaftler aus den Universitäten. Die Sitzungen der Akademie seien öffentlich für die Universitäten.



Den lettischen Umweltminister Indulis Emsis (2.v.r.) mit Delegation hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) im Landtag empfangen.

Foto: Schüler

SPD-Fraktion

SPD nennt Schwerpunkte für Krankenhausinvestitionen

Die schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen haben die Handlungsspielräume für das Krankenhausinvestitionsprogramm eingeengt. Gleichzeitig besteht für diesen Bereich erheblicher Reformbedarf, um die Ziele des Gesundheitsstrukturgesetzes zu erreichen. Vor diesem Hintergrund soll der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion die Landesregierung auffordern, die für 1994 bereitgestellten Haushaltsmittel auf folgende Bereiche zu konzentrieren:

- die Verbesserung der medizinisch-technischen Diagnostik,
- die Verbesserung der Funktionsbereiche zur ärztlichen Versorgung,
- Maßnahmen, die die Ziele des Gesundheitsstrukturgesetzes fördern.

„Wir halten eine solche Prioritätensetzung für das Krankenhausbauprogramm im Hinblick auf das notwendige Sparkonzept für unumgänglich“, erklärte der sozialpolitische Sprecher, Wolfram Kuschke, den einstimmig gefaßten Antrag seiner Fraktion. Gleichzeitig bedauerte er, daß die Bundesregierung die durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts festgestellte Regelungslücke zur Finanzierung der Instandsetzungsinvestitionen der Krankenhäuser nicht gefüllt habe. Nach der geltenden Rechtslage dürfe die Landesregierung die

entsprechenden Kosten nicht übernehmen. Die Krankenkassen seien durch die Deckungsvorschriften des Gesundheitsstrukturgesetzes an der Finanzierung gehindert. „Die Krankenhäuser geraten dadurch in eine zunehmend schwierige Situation“, kritisierte Kuschke.

Deshalb soll der Landtag die Bundesregierung auffordern, den jetzigen unhaltbaren Zustand durch gesetzliche Klarstellungen zu beenden und sicherzustellen, daß diese Investitionen über die Pflegesätze finanziert werden können. Gleichzeitig werden die Krankenkassen aufgefordert, in konkreten Notsituationen, in denen durch die aktuelle rechtliche Regelungslücke die medizinische Versorgung von Krankenhauspatienten gefährdet ist, Vorsorge für die Lösung solcher Probleme zu schaffen.

CDU-Fraktion

Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt im Fernsehen

Eine gemeinsame Institution zur Selbstkontrolle aller öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehprogramme hat die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, gefordert. „Nur eine konzertierte Aktion aller Sender kann die Ausstrahlung von Gewaltszenen im Fernsehen verhindern“, erklärte die CDU-Medienpolitikerin. Die CDU fordert eine Ausstrahlungsgenehmigung für indizierte Filme, Sendezeitbeschränkungen für Filme und Serien, die ab

zwölf Jahren freigegeben sind, sowie eine Ausdehnung der Ordnungswidrigkeitenvorschriften. Dies alles müsse im Rundfunkstaatsvertrag festgehalten werden, betonte die CDU-Politikerin. Kritisch äußerte sich Ruth Hieronymi zur Medienpolitik der SPD-Landesregierung: „Während Minister Clement mit Lobeshymnen auf sein eigenes medienpolitisches Engagement durch die Lande zieht, werden die Kinderzimmer in unserem Land täglich von abschreckenden Darstellungen von Gewalt und Brutalität überflutet. Wir haben diese Bilder satt.“ Die CDU-Medienexpertin wies darauf hin, daß die SPD „mit einjähriger Verzögerung die Forderungen der CDU zur Eindämmung der Gewalt auf dem Bildschirm aufgegriffen hat“. Offensichtlich sei den Sozialdemokraten inzwischen deutlich geworden, „daß sich ver-

antwortungsvolle Medienpolitik nicht auf reine Standortpolitik reduzieren läßt“, stellte Ruth Hieronymi fest.

Allerdings schaffe die SPD-Forderung nach einer Selbstkontrolle nur für die privaten Fernsehsender „ein unzumutbares Ungleichgewicht“. Auch der Antrag der SPD zum Abbau von Gewaltdarstellungen im Fernsehen bleibe hinter den Forderungen der CDU ebenso wie hinter den Vorstellungen der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalt zurück. „Im Interesse unserer Kinder dürfen wir jetzt nicht auf halber Strecke stehen bleiben.“ Abschließend appellierte die CDU-Politikerin „auch an die Eltern, ihre Kinder nicht unkontrolliert dem Fernsehkonsum zu überlassen. Es gibt immer noch einen Knopf zum Ausschalten.“

F.D.P.-Fraktion

Wieder roter Filz?

Als Beispiel von Filz und Verstoß gegen die Grundsätze des Berufsbeamtentums wertete in der Haushaltsdebatte des Landtags der finanzpolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, Rudolf Wickel, den Hinweis des Sozialministers Franz Müntefering, Beamte seines Hauses würden an einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Erarbeitung eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes mitarbeiten. Dies entnimmt Rudolf Wickel einer am gleichen Tag verteilten Vorlage (11/2627), in der

die Rede des Gesundheitsministers auf einer Fachtagung im November 1993 in Essen verteilt wurde. Wörtlich heißt es darin: „Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Erarbeitung eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes, der Anfang 1993 im Bundestag eingebracht wurde. Derzeit wird intensiv an einem Rahmenkonzept sowie an einem konkreten Gesetzentwurf für dieses Arbeits- und Strukturförderungsgesetz – kurz: ASFG – gearbeitet. Mein Haus unterstützt diesen Prozeß nachdrücklich und hat dafür personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt.“ Wenn sich der Eindruck von Rudolf Wickel bestätigt, ist dies nicht nur ein Verstoß gegen § 55 Abs. 1 Landesbeamtengesetz, nach dem Landesbedienstete dem ganzen Volk und nicht einer Partei dienen, es ist auch ein

eklatanter Verstoß gegen die sogenannten „Hinweise zur Aufgabenerfüllung im öffentlichen Dienst des Landes NRW“ des Ministerpräsidenten vom 26. September 1991, in denen es unter Ziffer 3 ausdrücklich heißt: „Die Landesbediensteten dürfen im Dienst für Fraktionen, Parteien oder Verbände nicht tätig werden, also für diese keine Redeentwürfe, Anträge und politischen Papiere erarbeiten.“ Die F.D.P.-Landtagsfraktion erwartet unverzügliche Aufklärung durch den Fachminister, dessen Haus nicht zum ersten Mal ins Gerde gekommen ist, Stichwort „Drehbuch und Strategiepapier“, deren Aufdeckung zum Rücktritt des vorherigen Sozialministers führte.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Schwarze Kasse: Wo blieben 26 Millionen?

Eine schwarze Kasse, die keinerlei Kontrolle des Parlaments unterliegt, hat der Wirtschaftsminister mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken gebildet. Das hat eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses zutage gefördert. Manfred Busch, Obmann der Grünen im Wirtschaftsausschuß: „Einert schafft sich hier durch Bruch des Haushaltsrechts ein unsichtbares und auch in der Höhe unbekanntes Finanzvolumen, mit dem er nach Belieben schalten und walten kann –

Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart.“ Bei Grundstücksverkäufen über drei Millionen Mark muß der Landtag laut Haushaltsrecht vorab um Einwilligung gebeten, im begründeten Ausnahmefall unverzüglich nachträglich unterrichtet werden. Weder ein Einwilligungsersuchen noch eine Unterrichtung über die Grundstücksverkäufe im letzten Jahr hat den Landtag je erreicht.

26 Millionen Mark wurden 1992 für den Haushaltstitel „Erwerb und Nutzbarmachung von Grundstücken“ im Rahmen der Wirtschaftsförderung verausgabt. Die erworbenen Grundstücke wurden zumindest zum größeren Teil bereits wieder verkauft; die Verkaufserlöse tauchten im Haushalt nicht auf, über ihre Verwendung konnte keine schlüssige Auskunft gegeben werden.

Der Haushaltstitel weist zwar den Vermerk

„Einnahmen fließen den Ausgaben zu“ auf, ein „Sondervermögen“ wurde jedoch dafür nicht gebildet, hierfür wäre eine gesetzliche Grundlage erforderlich.

Die Landesentwicklungsgesellschaft wurde für das Land „treuhänderisch“ tätig und besaß die wirtschaftliche Verfügungsgewalt, hat aber selbst kein Eigentum erworben. Damit steht das Land in der vollen Haftung, zum Beispiel für belastete Grundstücke und entsprechende Gewährleistungen (siehe den Fall „Neue Mitte Oberhausen“).

Die Grünen haben Minister Einert aufgefordert, die eindeutigen Rechtsverstöße im Haushaltsplan 1994 zu korrigieren und den Landtag umfassend zu informieren. Manfred Busch: „Falls die Landesregierung dem nicht nachkommt, werden wir das Budgetrecht vor dem Verfassungsgericht einklagen müssen.“

FC Landtag unterlag in Bielefeld mit 2:4

Das letzte Spiel in der diesjährigen Saison konnte der FC Landtag leider nicht zu seinen Gunsten entscheiden. Der Gegner, eine Schüler-Lehrer-Auswahl des Bielefelder Abendgymnasiums, bewies in den entscheidenden Momenten die besseren Nerven und verwandelte die herausgespielten Torchancen treffsicher. Dennoch äußerten sich die Abgeordneten Bernd Brunemeier und Günter Harms, um die die Landtagsmannschaft sich gruppierte, über das Ergebnis aus sportlicher Sicht sehr zufrieden: „Daß wir dieser sportlich und taktisch überlegenen Mannschaft so trotzten und gleichzeitig noch zwei Gegentore erzielen konnten, ist ein schöner Erfolg.“ Auf der anschließenden Party, das Abendgymnasium feierte an diesem Abend sein 20jähriges Bestehen, wurden der Sieg wie auch Niederlage angemessen gewürdigt. F. G.

★

Herbert Faust, als CDU-Abgeordneter von 1970 bis 1985 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, ist mit dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) überreichte die Auszeichnung in Mönchengladbach. In der Laudatio heißt es, Herbert Faust habe im Landtag erfolgreich in verschiedenen Ausschüssen als Fraktionssprecher für Landesplanung und Verwaltungsreform gewirkt. Seit 1976 gehöre Herbert Faust dem Bezirksplanungsrat des Regierungspräsidenten Münster an. Bis 1990 sei er Vorsitzender dieses Gremiums gewesen. Die Entwicklung seiner Heimatstadt Ahlen habe er, auch als langjähriger Bürgermeister in den Jahren 1969 bis 1984, maßgeblich mitgeprägt.

★

Dr. Hans-Hermann Bentrup, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, ist mit der Aloys-Bömer-Gedenkmedaille des Landesverbandes der Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst (LVL) ausgezeichnet worden.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 2303,
884 2304 und 884 2545, btx: *56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler
(GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen
(SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU),
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.),
Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE),
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Dr. Katrin Grüber (GRÜNE)

„Die Grünen sind eine Verhinderungs-Partei.“ Das werfen ihnen Kritiker bei heftigen Debatten auch in Nordrhein-Westfalen oftmals vor. „Das Wort verhindern ist nicht schlimm. Es gibt Dinge, die zwingen einfach dazu. Die Hauptsache ist, daß man umstrittenen Projekten Alternativen und Konzepte entgegensetzen kann“, sagt die Umweltreferentin der Grünen im Landtag, Dr. Katrin Grüber. Und genau das schreibt sie ihrer Partei und sich selbst zu. „Das Land Nordrhein-Westfalen hätte Milliarden sparen können, wenn man auf uns gehört hätte.“ Als Beispiele nennt sie den „Schnellen Brüter“ in Kalkar sowie den ersten großtechnischen Hochtemperaturreaktor (THTR) der Welt in Hamm-Uentrop, der wegen Sicherheitsmängel im Oktober 1988 stillgelegt wurde.

„Auch bei der Gentechnologie werden wir nun alles daransetzen, um ihren Einzug zu verlangsamen“, betont die 35jährige. Denn auch hier gebe es Ausweichmöglichkeiten, beispielsweise in der Landwirtschaft. Vormachen kann man der gebürtigen Frankfurterin auf diesen Gebieten so leicht nichts. Nach dem Abitur 1976 studierte sie Biologie und Chemie für das Lehramt an Gymnasien. Von 1976 bis 1987 war Katrin Grüber an der Universität in Tübingen. Und von November 1985 bis August 1986 studierte sie an der University of East Anglia. Ein Jahr später promovierte die engagierte Politikerin in Biologie.

Ihre erste Stelle trat Katrin Grüber 1988 beim Stadtreinigungsamt Stuttgart an. Dort war sie als Beraterin für die Umsetzung eines Papierrecyclingkonzeptes zuständig. „Ich wollte politisch noch aktiver werden“, begründet sie ihren Entschluß, die Polit-Bühne zu betreten, auf der ihr heute das Fachwissen zugute kommt. So zum Beispiel auch als Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“ im Landtag. „Ich bemühe mich darum, Neutralität zu wahren und angemessene Entscheidungen zu finden“, beschreibt Katrin Grüber ihre Arbeitsweise. Dabei bescheinigt sie gerade „ihrem“ Ausschuß, der sich mit den Folgen der Gentechnik ebenso befaßt wie mit denen der Atomtechnik, eine gute konstruktive Diskussion und Zusammenarbeit. Eine Tatsache, die der Enkelin des Widerstandskämpfers Heinrich Grüber, der während der Nazi-Zeit Juden bei der Flucht aus Konzentrationslagern half, in Debatten im Landtag oft fehlt. „Ich wünsche mir mehr inhaltliche Debatten. Die anderen Parteien sollten Vorschläge nicht einfach ablehnen, nur weil sie von den Grünen kommen“, appelliert Katrin Grüber. Vor allem aber müßten die Sorgen und Ängste der Bürger ernst genommen werden, betont die aktive Umweltschützerin, die seit Mai 1990 im Landtag ist. Dies einzubringen, war für die 35jährige ein Grund mehr, in das politische Geschehen einzugreifen.

Sie persönlich sucht die Nähe zu der Bevölkerung stets vor Ort. Zum Beispiel wahrt sie ebenso den Kontakt zu den Geschädigten im Holzschutzmittel-Skan-

dal wie zu den Betroffenen in der Kieselrot-Affäre in Remscheid. „Will man als Politiker ernstgenommen werden, dann muß man auch die Bevölkerung ernst nehmen.“ Doch darf die Umweltpolitik nach Ansicht von Dr. Grüber dabei nicht isoliert betrachtet werden. Im Dialog seien vielmehr viele Faktoren zu berücksichtigen: Umwelt, Mensch und Wirtschaft.

Seit dem 17. Lebensjahr setzt sich Dr. Katrin Grüber bereits in Menschenrechtsorganisationen ein. So war sie bis 1988 Mitglied bei Amnesty International. Auf dem Weg dorthin hatte sie vor allem das Vorbild des Großvaters vor Augen. Mit ihrem Wohnortwechsel von Tübingen nach Düsseldorf stieg sie dann bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen ein. Und über Platz sieben der Landesliste erhielt sie schließlich sehr schnell ein Landtagsmandat. „Das war schon eine Überraschung“, räumt die Diplom-Biologin ein. Denn schließlich gehörte sie dem Landesverband noch nicht allzu lange an. Nach drei Jahren im Düsseldorfer Parlament lautet ihr Fazit: „Die Politik muß offener werden.“ So könnte sich Katrin Grüber gut vorstellen, daß auch die Ausschüsse des Landtages öffentlich tagen sollten, der Bürger dadurch mehr am Geschehen beteiligt werde. „Wir müssen die Verkrustung aufbrechen“, glaubt sie. Dabei denkt sie auch an den Ausschuß Verwaltungsstrukturreform, in dem sie selbst Mitglied ist. Gerade er sei ein gutes Beispiel dafür, daß man Politik bürgernah und transparent gestalten kann. Obwohl die 35jährige in ihrer Arbeit tief verwurzelt ist, achtet sie darauf, daß noch ein bißchen Freiraum für Hobbys bleibt. Dazu zählen Spaziergänge, Kochen und Literatur. „Es wäre ein trauriges Bild, wenn die Politik am Ende dazu führt, daß man nur noch funktioniert.“ Abgelegt hat Dr. Katrin Grüber auch ihre alte Liebe zu der früheren Studentenheimat England nicht. Mindestens einmal im Jahr verbringt sie ihren Urlaub dort.

Andrea C. Stockhausen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 15. bis 21. Dezember 1993

- 15. 12. **Hans Rohe** (SPD), 62 J.
- 15. 12. **Wilfried Kramps** (SPD), 54 J.
- 16. 12. **Günter Meyer zur Heide** (SPD), 57 J.
- 16. 12. **Werner Stump** (CDU), 50 J.
- 18. 12. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.), 44 J.
- 20. 12. **Helmut Hellwig** (SPD), 60 J.
- 21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 56 J.
- 21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 42 J.

★

Dr. Bernhard Kasperek (SPD), Landtagsabgeordneter, gibt sein Amt als Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen SPD nach dem Landesparteitag in Bielefeld im Januar kommenden Jahres auf. Dem Landesvorstand hat der Politiker folgende Begründung mitgeteilt: „Das Unternehmen, in dem ich beschäftigt bin, hat mir einen neuen interessanten Aufgabenbereich übertragen, der mich in Zukunft stärker zeitlich beanspruchen wird. Das wird mir die Ausübung meiner Aufgabe als ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer nach dem Landesparteitag nicht mehr erlauben.“ Auf Bitten von **Johannes Rau** wolle er jedoch das Zukunftsprojekt NRW 2000plus weiter betreuen und im Landesvorstand der SPD weiter zur Verfügung stehen.

★

Hermann-Josef Arentz (CDU), Landtagsabgeordneter und sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion, übernimmt nach dem Rücktritt des CDU-Bundesvorsitzenden **Werner Schreiber** bis zur nächsten Bundeskonferenz im Juni 1994 kommissarisch den Vorsitz der CDU-Sozialausschüsse. Der Kölner Politiker ist seit einem halben Jahr stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Arentz gehört dem nordrhein-westfälischen Landtag seit 1980 an.

★

Helmut Hellwig (SPD), Landtagsabgeordneter seit 1970, begeht am 20. Dezember seinen 60. Geburtstag. Hellwigs beruflicher Werdegang begann nach der Kommunalverwaltungsprüfung bei der Bundespost. Von 1962 bis 1980 war er Geschäftsführer und Landesvorsitzender der SJD „Die Falken“. Im Landtag gehört der Politiker aus Herne als ordentliches Mitglied dem Hauptausschuß sowie dessen „Bonn-Kommission“ und dem Ausschuß „Mensch und Technik“ an. Er ist ferner stellvertretendes Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß. Von 1975 bis 1985 leitete er als Vorsitzender den damaligen Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung. Seit 1953 gehört Helmut Hellwig der SPD an. Bis 1979 war er Mitglied des SPD-Landesvorstandes und von 1969 bis 1975 Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Wanne-Eickel. Seit 1987 ist der Politiker Vorsitzender der Rundfunkkommission des Landes Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus leitet er das „aktuelle forum“ NRW sowie das „Bildungs- und Freizeitzeitwerk Herne e.V.“. Hellwig ist verheiratet und hat drei Kinder.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, erhält den Orden „Heiliger Danil“ der russisch-orthodoxen Kirche. Damit werden Raus Verdienste um humanitäre Hilfe gewürdigt. Der Orden wurde vom Moskauer Patriarchat 1986 gestiftet.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Waldbauern danken dem Parlament

Mit der Spende des Weihnachtsbaumes 1993, einer Nordmannstanne, möchte der Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen nach eigenen Angaben auch in diesem Jahr den Abgeordneten und Mitarbeitern des nordrhein-westfälischen Landtags „eine gesegnete Weihnachtszeit wünschen“. Bei der Übergabe des Baumes durch den Vorsitzenden des Verbandes, Philipp Prinz zu Salm (r.), an Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (l.) wies der Prinz darauf hin: „Das Schlagen von Bäumen dient der Wiederaufforstung und damit der ständigen Erneuerung des deutschen Waldes.“ Er dankte dem Parlament für die Aufmerksamkeit, die die Landespolitik der Forstwirtschaft entgegenbringe. „Die Wirtschaftskrise der Forstwirtschaft ist nicht vorüber“, erklärte der Sprecher der privaten Waldbesitzer. Die Preissituation auf dem Holzmarkt habe sich noch nicht wesentlich verbessert. Prinz zu Salm führte weiter aus, der Waldbauernverband begrüße die Bestrebungen des Landes, die Staatsforstverwaltung zu rationalisieren. Er verspreche sich davon eine Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse.

Foto: Schüler